

Widerstand dem globalen Krieg – Allianzen für den Frieden bilden

**Dokumentation des Österreich_Forum.Frieden&Gewaltfreiheit#1
vom 26. und 27. Oktober 2002 an der Universität Graz**

Inhaltsüberblick

1. Vorwort

„Widerstand dem globalen Krieg – Allianzen für den Frieden bilden“
Andreas Pecha, Thomas Roithner

2. Friedensbewegung und der Prozess der Sozialen Foren

Über die Schwierigkeiten, aus einer Anti-Kriegs-Stimmung eine Friedensbewegung zu machen
Peter Strutynski

Friedensbewegungen und der Prozess der Sozialforen am Beispiel von
Friedensbewegung und ATTAC
Horst-Eberhard Richter

3. Globaler Krieg – Globaler Widerstand

Gewaltfreiheit ist der beste Weg zu Frieden und Gerechtigkeit
Interview mit Noah Salameh (Palästina) und Amos Gvirtz (Israel)

Globalisierung aus feministischer Sicht
Claudia Werlhof

Nonviolent Peaceforce – eine Idee, deren Zeit gekommen ist
Rachel Julian

4. Euromilitarismus – Euroarmee – Neutralität

Neutrale und Allianzfreie in der EU: Fossil oder Avantgarde?
Franz Leidenmühler

12 Argumente für die Wahrung der immerwährenden Neutralität
Karl A. Kumpfmüller

Neutralität in der Europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik
Iustitia et Pax

„Small Arms“ – Österreichs Anteil daran und sein möglicher Beitrag einer Prävention
Klaus Renoldner

5. Anhang

Memorandum „Widerstand dem globalen Krieg – Allianzen für den Frieden bilden“
Ökumenisches Friedensgebet: Beten und arbeiten für den Frieden (Alois Reisenbichler)
AutorInnenverzeichnis
Abkürzungen
VeranstalterInnen, UnterstützerInnen und SponsorInnen
Österreich_Forum.Frieden&Gewaltfreiheit#2, 25. und 26. Oktober 2003, Wien

1. Vorwort: Anlauf zu einer starken Friedensbewegung

Vom 26. bis 27. Oktober 2002 fand das Österreich_Forum.Frieden&Gewaltfreiheit#1 an der Universität Graz statt. In unterschiedlichsten Organisationen der Friedensbewegung bestand der Wunsch, ein gesamtösterreichisches Treffen der wichtigsten Friedensorganisationen zu organisieren und als regelmäßige Veranstaltung einmal jährlich auszurichten. Auf Basis dieser Foren und der Erarbeitung gemeinsamer Positionen soll eine verstärkte Zusammenarbeit etabliert werden und zu bestimmten Themen soll auch zu einer gemeinsamen Aktionsorientierung gefunden werden. Der Anspruch des Forum.Frieden&Gewaltfreiheit geht – speziell auch für die künftigen Foren – damit über einen gemeinsam veranstalteten inhaltlichen Kongress und den Austausch über laufende Aktivitäten hinaus.

Das Forum wird jedes Jahr rund um den Nationalfeiertag stattfinden, soll aber nicht an einen Ort gebunden sein, sondern in verschiedenen Städten organisiert werden. Die Friedensbewegung bietet diese Veranstaltung am Geburtstag der immerwährenden Neutralität am 26. Oktober bewusst als friedenspolitische Alternative zu Militärparaden und Fitmärschen an.

Das Thema des 1. Forums für Frieden und Gewaltfreiheit trug den Titel „Widerstand dem globalen Krieg – Allianzen für den Frieden bilden“. Mit diesem Thema ist der Prozess der Sozialen Foren (das Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre, das europäische Sozialforum in Florenz und das sich bildende Österreichische Sozialforum) eng verbunden. Ebenfalls im Zentrum standen die Krisenherde im Nahen und Mittleren Osten. Der 2. Tag des Forums war von der Diskussion um die Österreichische Neutralität und die Militarisierung der EU geprägt. Die ReferentInnen des Forums kamen aus der friedenspolitischen Wissenschaft und Praxis.

Dokumentationen von Veranstaltungen und Kongressen sind meist mit dem Problem behaftet, dass sie mit ihrem öffentlichen Erscheinen schon in einigen Teilen wieder veraltet sind. Gerade durch den möglichen völkerrechtswidrigen Krieg der US-Administration gegen den Irak und den angekündigten „permanenten Krieg“ verliert diese Dokumentation nicht an Aktualität und friedenspolitischer Brisanz. Nicht zuletzt aufgrund der gegenwärtigen Welt-UN-ordnung ist der Wunsch nach einer Dokumentation vielfach an das Organisationsteam herangetragen worden. Die Diskussionen und Referate sollen auch für die Friedensgruppen in Österreich eine Basis für eine Weiterarbeit darstellen. Das gemeinsam diskutierte und in Graz beschlossene „Memorandum“ (findet sich ebenfalls in diesem Heft) ist Teil dieses Verständigungsprozesses. Auch die unbeantworteten Fragestellungen müssen für die Friedensbewegung, die sozialen Bewegungen, die Forschung und nicht zuletzt auch für das 2. Friedensforum im Oktober 2003 Auftrag für eine Weiterarbeit sein.

Wir hoffen, dass diese Zeitung nicht nur in der Friedensbewegung eine entsprechende Verbreitung findet. Schon jetzt möchten wir ganz herzlich die Einladung für das am 25. und 26. Oktober 2003 in Wien stattfindende Österreich_Forum.Frieden&Gewaltfreiheit#2 aussprechen und alle Interessierten einladen, sich aktiv an diesem Prozess zu beteiligen!

Thomas Roithner, Andreas Pecha
Für das Organisationsteam

2. Friedensbewegungen und der Prozess der Sozialforen

Über die Schwierigkeiten, aus einer Anti-Kriegs-Stimmung eine Friedensbewegung zu machen

Peter Strutynski

Ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie sehr mich die Einladung zu diesem Österreich-Forum für Frieden und Gewaltfreiheit gefreut hat. Denn wenn ich es richtig sehe, betritt die österreichische Friedensbewegung mit dieser Veranstaltung Neuland: Soll doch mit ihr ein ganz neues Forum landesweiter Diskussion und Verständigung über gemeinsame Aktionen und Projekte der Friedensbewegung geschaffen werden. Bei einer solchen Gelegenheit dabei sein zu dürfen, empfinde ich als ein großes Privileg.

Ich habe natürlich eine leise Ahnung, wie ich zu dieser Ehre gekommen sein könnte. Es hat sich bei einigen Friedensfreunden in Wien, Linz, Innsbruck und Salzburg offenbar herumgesprochen, dass wir etwas ähnliches wie ihr in Deutschland seit einigen Jahren ja auch schon versuchen, und zwar mit unseren jährlichen „Friedensratschlägen“. Das sind übrigens keine Turnveranstaltungen und auch keine Veranstaltungen, die anderen irgendwelche „Ratschläge“ erteilen wollen. Vielmehr geht es bei diesen Zusammenkünften darum, dass sich die Friedensbewegung zusammen mit Friedenswissenschaftlern und Politikern „berät“; dass sie zusammen „beratschlagen“, in welcher Situation sich die Weltpolitik, insbesondere die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung befindet und welche gemeinsamen friedenspolitischen Antworten möglich sind.

Selbst wenn dieser Friedensratschlag, der eher zufällig jedes Jahr in Kassel stattfindet, nach außen den Eindruck erweckt, ein fest etablierter Pfeiler der deutschen Friedensbewegung geworden zu sein, so möchte ich viel lieber den Versuchscharakter, das Provisorische und Unstrukturierte dieser Veranstaltung hervorheben. Das heißt nicht, dass dort auf eine sympathische Weise herum chaotisiert würde – nein, das sind schon sehr gut organisierte und ergebnisorientiert arbeitende Tagungen. Was ich mit dem Versuchscharakter meine, ist vielmehr, dass es geradezu ein Strukturmerkmal der Friedensbewegung insgesamt ist, keine verbindlichen Strukturen, auf Dauer angelegte Vertretungsmechanismen, Hierarchien oder Bürokratien zu haben. Darin liegt, wie ich noch zeigen werde, eine große Stärke, allerdings auch eine gewisse Schwäche der Friedensbewegung.

Lasst mich bitte aus meiner Erfahrung mit der deutschen Friedensbewegung ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu ihren Aufgaben, zu ihrer Entwicklung in den letzten 20 Jahren und zu ihrer Zukunft machen.

Aufgaben und Strukturen der deutschen Friedensbewegung

Das Handeln der Friedensbewegung resultiert aus einem sehr umfassenden Verständnis von Politik. Ihr Ausgangspunkt ist ursprünglich ein moralisch-politischer, ihr Gegenstand – die Friedens-, Außen- und Sicherheitspolitik – relativ abstrakt. Entsprechend allgemein sind auch die Ziele der Friedensbewegung. Es geht ihr – kurz gesagt – um die Herstellung einer Welt ohne Krieg und ohne Waffen. Damit soll jegliches kriegsbedingte Leid von der Menschheit abgewendet und auf lange Sicht der Einsatz von Gewaltmitteln – nicht nur militärischer – minimiert werden. In der Regel bedarf es hierzu einer weitreichenden gesellschaftspolitischen und universalistischen, einer „utopischen“ Perspektive, die sowohl visionäres Denken als auch einen entsprechend „langen Atem“ voraussetzt. Gleichzeitig orientiert die Friedensbewegung auf Veränderung von Regierungshandeln und auf

Einflussnahme auf internationale Regime und Institutionen (z. B. UNO), was von ihr auch kurzfristiges Reagieren auf aktuelle Ereignisse und Prozesse verlangt.

Gleichzeitig agiert die Friedensbewegung aber auch bzw. vor allem auf lokaler Ebene. Sie befindet sich also in einem Spagat zwischen der „großen Politik“ einerseits (hierzu gehören außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitische Fragen im weitesten Sinn) und lokalen „tagespolitischen“ Themen, also der „Politik im Kleinen“ andererseits. So lässt sich an den kleinsten Beispielen die grundsätzliche Schädlichkeit von Rüstung, Militär und Militarismus aufzeigen. Der lokale Kampf etwa gegen einen Standort- oder Truppenübungsplatz oder gegen den Lärm einer Panzerstraße wird, spätestens wenn er an seine Grenzen, nämlich die Sonderrechte des Verteidigungsministeriums bei der Landnutzung, stößt, die Rolle des Militärs in Gesellschaft und Politik thematisieren können und damit im besten Sinne aufklärend wirken.

Dieser insgesamt sehr weit gefächerten Aufgabenstellung der Friedensbewegung sind auch ihre heterogene Struktur und ihre organisatorische Vielfalt geschuldet. So gibt es z. B. bundesweit organisierte Mitgliederorganisationen wie die DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner) oder die IPPNW (Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs) mit allen Vorteilen, die solche auf Dauer angelegte Verbände haben: Mitgliederzeitungen, gewählte Vertretungen (Vorstände, Sprecher usw. auf verschiedenen Ebenen), durchschaubare und im Prinzip allen Mitgliedern zugängliche Kommunikationsstrukturen. Andere Friedensinitiativen sind ExpertInnengruppen oder den sog. Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) vergleichbar, die sich mit jeweils einer Spezialfrage der Friedensarbeit beschäftigen (z. B. mit Weltraumrüstung, Atomwaffen, Landminen, Kleinwaffen, Rüstungsexporten); manchmal schließen sie sich – im Verein mit anderen lokalen oder regionalen Initiativen – zu bundesweiten oder transnationalen Bündnissen auf Zeit zusammen (Beispiele: Landminenkampagne, „Atomwaffen abschaffen“). Und schließlich gibt es noch die vielen örtlichen Friedensinitiativen, die in der Regel über keinerlei formalisierte Strukturen verfügen und ihre Angelegenheiten im besten Sinne basisdemokratisch erledigen. Was zählt, ist einzig die Aktivität der „AktivistInnen“.

Diese Friedensinitiativen leben also ausschließlich von der unmittelbaren Beteiligung ihrer Mitglieder/AktivistInnen an der Formulierung und praktischen Ausführung der in der Initiative beschlossenen Politik. Für mich ist das eine „authentische“ Politik. Der Adressat dieser Politik ist immer ein zweifacher: Der erste Adressat ist ein politischer; nämlich meistens die Regierung – nicht nur die eigene, häufig sind es auch internationale Institutionen wie die NATO, EU, OSZE, UNO). Der zweite Adressat ist die Öffentlichkeit. An sie muss ständig appelliert werden, sie muss für die politische Unterstützung der Forderungen der Friedensbewegung gewonnen werden. Das heißt aber auch, dass sich die Friedensbewegung als außerparlamentarische Basisbewegung häufig mit lediglich „symbolischen“ Handlungen begnügen muss, mit politischen Aktionen und Kampagnen, die in erster Linie auf Aufklärung und Überzeugung von Menschengruppen (besser wären Menschenmassen) abzielen und kein unmittelbares politisches Ergebnis haben können. Es geht, wie das ein profiliertes Vertreter der deutschen Friedensbewegung, Andreas Buro, genannt hat, um die „Organisierung sozialer Lernprozesse“, d. h. letztlich um gesellschaftliche Bewusstseins- und Verhaltensveränderungen.

Das ist deswegen manchmal so besonders schwer, weil der Gegenstand, mit dem sich die Friedensbewegung beschäftigt, für viele Menschen relativ abstrakt und „weit weg“ ist. Themen der internationalen Politik reißen kaum jemanden vom Hocker. Selbst in der

Hochzeit der deutschen Friedensbewegung, Anfang der 80er Jahre, ist es ihr nicht gelungen, das Thema, mit dem sie Millionen von Menschen auf die Straße gebracht hat, zu einem entscheidenden Kriterium etwa bei Bundestagswahlen zu machen. In der Bundestagswahl 1982, mit der sich der ein Jahr zuvor über ein parlamentarisches Manöver an die Macht geschobene Kanzler Kohl bestätigen ließ, spielten sehr viele innenpolitische, sozialpolitische, wirtschaftspolitische Fragen eine Rolle, die Frage der Raketenstationierung dagegen nicht. Dass ein solcher Verdrängungsmechanismus funktionieren kann, liegt an der traditionellen außenpolitischen Abstinenz der Bevölkerung. In der deutschen Nachkriegszeit konnte sie bisher nur zwei Mal außer Kraft gesetzt werden – allerdings nicht durch die außerparlamentarische Bewegung, sondern auf Initiative der Regierung: 1972, als es um Willy Brandt und um die Ostverträge ging, und vor einem Monat, als die rot-grüne Koalition im letzten Moment die Irakkriegsfrage zum Wahlkampfthema machte und damit letztlich auch die Wahl für sich entscheiden konnte.

Eine Besonderheit der Friedensbewegung – ich sage vorsichtshalber wieder: der deutschen Friedensbewegung – ist ihre Mittelschichtorientierung. Die meisten Basisinitiativen rekrutieren sich vorwiegend aus den so genannten „Mittelschichten“. LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, Studierende, Selbständige (mit akademischer Ausbildung), mittlere bis höhere Angestellte und BeamtInnen, ÄrztInnen, WissenschaftlerInnen: Sie bilden das Rückgrat der lokalen Friedensinitiativen, der „ExpertInnengruppen“ und Nicht-Regierungsorganisationen. IndustriearbeiterInnen oder „typische“ GewerkschafterInnen (wenn es sie überhaupt noch gibt) gehören zu den umworbenen, aber selten gesehenen Gästen der Friedensbewegung. Damit möchte ich soziologischen Befunden widersprechen, die als Kennzeichen der Friedensbewegung ihre „soziale Unspezifität“ hervorheben (Jürgen Krysmanski). Für die vorübergehend sehr stark expandierende Friedensbewegung der 80er Jahre mit ihren vielfältigen Bezügen zu den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung und mit ihrem ausgeprägten „Massencharakter“ mag eine solche Beschreibung zutreffend gewesen sein. In der Friedensbewegung von heute, die doch sehr stark auf einen relativ kleinen Stamm von hochmotivierten AktivistInnen reduziert ist, sind längst nicht mehr alle sozialen Schichten vertreten. Dies macht sie auf der einen Seite homogener und flexibler, auf der anderen Seite verliert sie immer mehr die direkten, d. h. auch persönlichen Zugänge zur Bevölkerungsmehrheit.

Zur Entwicklung der deutschen Friedensbewegung in den letzten 20 Jahren: Vom Boom zur Flaute?

Seit den großen Massenaktionen Anfang der achtziger Jahre muss die Friedensbewegung damit leben, an ihnen gemessen zu werden. Dabei wird ihr dieser Vergleich nicht nur von außen aufgezwungen (v. a. durch die Medien: „Wo bleibt die Friedensbewegung?“). Die Friedensbewegung trägt durch ihre Orientierung auf massenhafte Aktionen (Demos, Kundgebungen, Unterschriftensammlungen usw.) selbst auch dazu bei, den Vergleich mit den glorreichen achtziger Jahren ständig zu provozieren. Manche meinen nun, diesem Dilemma sollte sich die Friedensbewegung dadurch entziehen, dass sie ein völlig neues Politikverständnis und einen neuen Politikstil propagiert: Die Festlegung etwa auf kleine Aktionen, auf Lobbyarbeit, auf leise Töne, auf beispielgebende humanitäre Arbeit in Kriegsgebieten u. v. a. m. Ich möchte ungern in solchen Alternativen denken. Vielmehr bin ich überzeugt, dass es immer Zeiten geben wird, in denen politische und soziale Bewegungen kleinere Brötchen backen müssen. Und selbstverständlich wird es immer Zeiten geben, in denen neue Politikformen entstehen und ausprobiert werden sollten. Am Anspruch aber, durch Überzeugung der Mehrheit der Gesellschaft und der Mobilisierung großer Menschengruppen verändernd in die Politik

eingreifen zu können, das heißt politikfähig zu sein, an diesem Anspruch wird sich nichts ändern.

Die deutsche Friedensbewegung der achtziger Jahre speiste sich aus vielen Quellen. Ausschlaggebend für ihren Aufschwung zur bis dahin größten außerparlamentarischen Protestbewegung der Nachkriegszeit waren vor allem:

1. die bevorstehende, als unmittelbare existenzielle Bedrohung empfundene Aufrüstung mit atomaren Mittelstreckenraketen;
2. die sich abzeichnende (und im Westen öffentlich wahrgenommene) Bereitschaft der Warschauer-Pakt-Staaten zu weitreichenden Abrüstungsverhandlungen einschließlich hierfür in Aussicht gestellter einseitiger Abrüstungsschritte;
3. waren viele Menschen des jahrzehntelangen Kalten Kriegs mit seinem nervenaufreibenden Atompokern, den zunehmenden heißen „Stellvertreter“-Kriegen, der als pure Vergeudung empfundenen Rüstungsspirale und des staatlich verordneten Feindbildes überdrüssig geworden;
4. waren mit der Umwelt- und Antiatombewegung und anderen neuen sozialen Bewegungen nicht nur neue Protestformen sondern auch eine neue Art, über Politik zu reden und zu verhandeln, entstanden.

Eine neue Radikalität im Denken (Atomwaffen ganz abschaffen, einseitig abrüsten u. dgl.) verband sich mit einer demonstrativen Gelassenheit und Toleranz gegenüber Andersdenkenden und einem unbedingten Einigungswillen innerhalb des harten Kerns der Friedensbewegung. Diese faszinierende Mischung erreichte und überzeugte Millionen von Menschen.

Die Friedensbewegung der achtziger Jahre war keine Jugendbewegung. Der größte Teil ihrer aktiven Kerne hatte bereits einschlägige politische Erfahrungen aus außerparlamentarischen Bewegungen, sei's der „alten“ Ostermarschbewegung, sei's der Gewerkschaftsbewegung oder eben der schon erwähnten Umweltbewegung bzw. anderer „Alternativ“-bewegungen einschließlich der mittlerweile zu Unrecht in Verruf geratenen „Achtundsechziger“. Das Durchschnittsalter der FriedensaktivistInnen dürfte zwischen 30 und 40 Jahren betragen haben. Die Attraktivität der Bewegung für junge Menschen, sich an größeren Aktionen (Demos, Aktionen des „zivilen Ungehorsams“) zu beteiligen, ergab sich zum Teil aus den unkonventionellen Protestformen selbst, zum Teil aus der generationsübergreifenden politischen Betroffenheit: der Angst vor einem Atomkrieg. Es gehört zu den größten Leistungen der damaligen Friedensbewegung, diese Angst, die ja auch hätte lähmen können, produktiv in politischen Massenprotest umgesetzt zu haben.

Angst war auch ein weit verbreitetes Motiv, das Anfang 1991 massenhaft junge Menschen gegen den drohenden Golfkrieg auf die Straße trieb. Befürchtet wurde vor allem, dass es sich bei diesem Krieg um den Beginn eines globalen Krieges zwischen Erster und Dritter Welt handeln könnte, um einen Krieg, in dem es um die (Neu-)Verteilung von Ressourcen zugunsten der Dritten Welt und um einen „Umweltkrieg“ ging, bei dem alle verlieren würden. Entsprechend hoch war das Engagement von SchülerInnen und Studierenden, die von der LehrerInnen- und Eltern-Protestgeneration der 70er und 80er Jahre für solche Themen hinreichend sensibilisiert worden waren. Hier erwies sich die flächendeckende Existenz der schon etwas in die Jahre gekommenen Friedensbewegung als wichtige Voraussetzung dafür, diese spontanen Proteste politisch zu strukturieren, bundesweit zu koordinieren und ihnen eine gewisse Kontinuität zu verleihen. Im Hofgarten in Bonn fand damals die letzte große Friedenskundgebung (mit rund 100.000 Menschen) statt. Weitgehend von SchülerInnen getragen war auch die – allerdings nur sehr kurze – Protestwelle gegen die französischen Atomwaffentests im Südpazifik 1995.

Die Friedensbewegung heute und ihre Perspektiven

In den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts haben sich die politischen Rahmenbedingungen für die Friedensarbeit grundlegend verändert. Der Kalte Krieg war (zumindest in Europa) überwunden, in der Welt schienen sich prinzipiell bessere Chancen auf eine friedlichere Zukunft herausgebildet zu haben, die Gefahr eines Atomkriegs zwischen den Supermächten schien ein für allemal überwunden zu sein, die weltweiten Rüstungsausgaben sanken erheblich. Auf der anderen Seite wurde die Welt von einer zunehmenden Welle regionaler, meist innerstaatlicher Kriege und Gewaltkonflikte heimgesucht, Regionen wie der Nahe Osten oder Südostasien rüsteten weiter auf, die Probleme in großen Teilen der unterentwickelten Welt und in den sog. Transformationsländern (Massenarbeitslosigkeit, Armut, Umweltzerstörung, Migration, innergesellschaftliche Gewalt) nahmen zu und die hochentwickelten Staaten der Ersten Welt begannen Vorkehrungen zu treffen, sich vor den negativen Folgen dieser Prozesse zu schützen (Stichwort „Festung Europa“). Innergesellschaftlich setzten sich die Segmentierungs- und Entsolidarisierungsprozesse weiter fort und begünstigten eine scheinbare Entpolitisierung insbesondere jüngerer Menschen (Stichwort „Spaßgesellschaft“), die sich bei genauerem Hinsehen als eine höchst problematische Anfälligkeit für die ideologischen Versatzstücke des Neoliberalismus (shareholder value, Globalisierung, Privatisierung, Entstaatlichung, Vermarktwirtschaftlichung) einschließlich ihrer in das Alltagsleben übertragenen Verhaltensweisen („Ellbogenmentalität“) entpuppte. Die in der neuen Shell-Jugendstudie vorgenommene Einteilung der Jugendlichen in „selbstbewusste Macher“, „pragmatische Idealisten“ und „robuste Materialisten“ unterstreicht diesen Trend. Begreiflicherweise hatte es die Friedensbewegung (aber, was kein Trost ist, nicht nur sie) schwer, gegen den Mainstream der veröffentlichten Meinung ihre Mahnungen und Bedenken vorzubringen.

Radikal hatte sich auch die gesellschaftliche Wahrnehmung der genannten (Welt-)Probleme und ihrer politisch-militärischen „Bearbeitung“ durch NATO, Bundeswehr, EU und UNO geändert. Die Teilnahme der Bundeswehr am NATO-Krieg gegen Jugoslawien wurde u. a. auch deshalb nicht zum Gegenstand großer gesellschaftlicher Debatten und Auseinandersetzungen, weil sich die Gesellschaft in nur geringem Maße davon wirklich betroffen fühlte. Die soziale Segmentierung und Professionalisierung hatte ja auch dazu beigetragen, dass das militärische und Kriegshandwerk zunehmend als Job wie jeder andere angesehen wurde, für den sich junge Männer (ab 2001 auch Frauen) frei entscheiden können, während die große Masse der Jugendlichen andere Karrieren vorzieht. Da man sich seit der Liberalisierung des Kriegsdienstverweigerungsrechts kaum noch mit dem Kriegsdienst existenziell und politisch auseinandersetzen muss, wird er als eine unter vielen Möglichkeiten akzeptiert – auch wenn man ihn für sich selbst ausschließt. Auch die fortschreitende Privatisierung und Entstaatlichung des Krieges weltweit suggeriert eine grundsätzliche Wahlmöglichkeit für den Einzelnen. Hinzu kommen die geografische Ferne der Kriegsschauplätze und die zunehmende Technisierung der Kriegführung, die kaum noch den Menschen (ob Kombattant oder Zivilist) ins Blickfeld rückt.

Demgegenüber haben die Terroranschläge vom 11. September 2001 unmittelbare Betroffenheit in breiten Kreisen der Bevölkerung hier zu Lande hergestellt. Politik und Medien sind seither damit beschäftigt, sowohl die Angst vor dem internationalen Terrorismus aufrechtzuerhalten als auch Sicherheit zu suggerieren. Das erste geschieht durch die Dauer-Thematisierung der Allgegenwart terroristischer Gefahren in global vernetzten komplexen Gesellschaften, das zweite geschieht durch die Vortäuschung

wirksamen Schutzes in Form von neuen Sicherheits- und Anti-Terrorgesetzen und von Krieg, der jetzt nicht mehr als „humanitäre“ Intervention wie im Fall des Jugoslawien-Krieges, sondern als „Kampf gegen den Terror“ deklariert wird. Es gehört zu den großen Leistungen der Friedens- und globalisierungskritischen Bewegung, dieser Propaganda durch eine plausiblere Argumentation die Schau gestohlen zu haben. Insbesondere zwei Argumentationsfiguren – die eine aus dem Arsenal der Friedensbewegung, die andere aus dem der globalisierungskritischen Bewegung – beherrschten die öffentlichen Diskussionen nach dem 11. September: Einmal die Behauptung, jede Art militärischen Vorgehens müsse als Vergeltung oder Rache aufgefasst werden und trage nur zur weiteren Eskalation der Gewalt bei („Gewaltspirale“). Anschauungsunterricht kann man bis zum heutigen Tag vom (Bürgerkriegs-)Schauplatz Naher Osten beziehen. Zum anderen setzte sich erstaunlich schnell die Formel vom „Nährboden“ des Terrorismus durch, den es trocken zu legen gilt, wenn man dauerhafte Erfolge im Kampf gegen den Terrorismus erzielen will. Die Wirkung dieses Arguments war so durchschlagend, dass man ihm fast schon den Rang eines geistigen Allgemeingutes einräumen darf. Immerhin wurden nicht zuletzt deshalb auch dem Entwicklungshilfeministerium bei den Beratungen für das Haushaltsjahr 2002 rund 200 Millionen DM zusätzlich versprochen; auch für das Jahr 2003 ist mehr Geld in Aussicht gestellt worden: Wer den Armen mehr gibt, muss sich vor deren Zorn weniger fürchten. Auf die argumentative Kraft und die Breitenwirkung der globalisierungskritischen Bewegung (v. a. ATTAC) wird es ankommen, ob dieses Argumentationsmuster an Tiefenschärfe gewinnt und tatsächlich zu einem gesellschaftspolitischen Diskurs über die Ursachen von Krieg und Gewalt hinführen kann.

Dies gilt aber nicht nur für ATTAC, sondern auch für die Friedensbewegung. Gerade wenn man darauf Wert legt, dass die Friedensbewegung mehr sein soll als eine reine Anti-Bewegung, mehr als eine Antikriegsbewegung, muss sie noch viel grundsätzlicher, viel pazifistischer im guten Sinne des Wortes werden. Die Friedensbewegung wendet sich ja nicht nur gegen einen bestimmten Krieg (also z. B. gegen den drohenden Irakkrieg oder gegen den inneren Krieg Russlands in Tschetschenien), sondern gegen den Krieg als Mittel der Politik schlechthin. Einem rein negativen Friedensbegriff (für die Beendigung eines Krieges bzw. für den Frieden als einem kriegslosen Zustand) fügt die Friedensbewegung einen positiven Begriff von Frieden hinzu. Hierbei geht es um die Entwicklung von Vorstellungen oder Visionen, wie friedliches Zusammenleben von Völkern und staatlichen Gemeinwesen aussehen könnte und welches die Voraussetzungen dafür sind. Bei dieser konzeptionellen Arbeit der Friedensbewegung kommen neben den Kriegsursachen auch die Friedensursachen in den Blick. Die bohrende Frage nach den ökonomischen Interessen, die hinter politischen und militärischen Konflikten immer auch lauern, kommt bei dieser Suche genauso in Betracht wie die Analyse gesellschaftlicher Ungleichheit (Armut und Verelendung sowie Akkumulation von Reichtum als zwei Seiten einer Medaille) oder die Aufdeckung anthropogener zerstörerischer Prozesse von Naturressourcen und Biosphäre. Je tiefer man in die Entstehung eines Gewaltkonflikts (z. B. eines Bürgerkriegs) einsteigt, desto mehr wird man auf die Zusammenhänge und Interdependenzen der genannten (Teil-)Ursachen stoßen. In dieser Analyse liegt der Schlüssel zur Beseitigung der Kriegsursachen und zur Verbesserung der Chancen für einen nachhaltigen Frieden.

Die beiden bundesweiten Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen am 13. Oktober 2001 (Berlin) und am 21. (Berlin) und 22. Mai 2002 (in über 100 deutschen Städten) bestätigen, dass die Friedensbewegung einen guten Schritt nach vorn gemacht hat. Erstmals seit dem Golfkrieg ist es ihr gelungen, über zentrale Aktionen (am 22. Mai auch dezentral mit dem „Bushtrommeln“) nicht nur von sich reden zu machen und ihre

organisatorischen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen, sondern auch wieder zu einem Medienereignis zu werden. Überraschend an der Demo in Berlin war aber nicht ihre zahlenmäßige Größe, sondern ihr jugendliches und „kreatives“ Erscheinungsbild. Die Friedensbewegung profitierte hier eindeutig von der Tatsache, dass der US-Präsident nicht „nur“ für irgendwelche heißen Kriege in der Welt steht, sondern dass er auch die negative Symbolfigur für alle Schandtaten und Ungerechtigkeiten abgibt, die der globale neoliberale Kapitalismus und seine „Agenturen“ (z. B. IWF) begehen. Trotz der beschriebenen Entsolidarisierungs- und Segmentierungsprozesse hat ein nennenswerter Teil der Gesellschaft nicht aufgehört, soziale Gerechtigkeit, interkulturellen Austausch und ökologische Nachhaltigkeit in globalen Zusammenhängen zu denken. Offensichtlich lassen sich Jugendliche nicht mehr so einfach mit den Kategorien der „Freizeit“- oder „Spaßgesellschaft“ beschreiben. Viele von ihnen sind engagiert und machen sich ihre eigenen Gedanken über die Zukunft unserer Erde. Damit geraten sie unweigerlich in Widerspruch zur herrschenden Politik der Führungsmacht der westlichen Welt.

In der Tat gehen die größten Gefahren für den Weltfrieden heute von den USA aus. Die Direktiven liegen auf dem Tisch: Von der Rede des US-Präsidenten Bush zur Lage der Nation Ende Januar 2002, als er die „Achse des Bösen“ markierte, über die Kriegsbrandrede in der Militärakademie von Westpoint im Juli bis zur Rede bei der Generalversammlung der UNO am 12. September, als er die Vereinten Nationen zu erpressen versuchte, reichen die Ankündigungen des beschlossenen Krieges gegen den Irak – koste es was es wolle. Und geben wir uns keinen Illusionen hin: Diese Kriegsbereitschaft bezieht sich nicht nur auf den Oberschurken Saddam Hussein, sondern auf alle Staaten der Welt, die in den Generalverdacht der Unterstützung des Terrorismus geraten. Am deutlichsten wurde das in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie vom 20. September ausgedrückt, wonach sich die USA künftig das Recht zum „Präventivkrieg“ herausnehmen. Vor wenigen Tagen hielt die US-Vize-Außenministerin Elizabeth Jones eine Rede, in der sie die Ziele der US-Administration für den NATO-Gipfel in Prag am 21. November vorgab. Neben der NATO-Osterweiterung nannte sie als Hauptziele die Anpassung der europäischen Armeen an die Erfordernisse des Anti-Terror-Krieges und die Aufstellung NATO-eigener schneller Eingreiftruppen, die überall auf der Welt einsetzbar sein würden. Die NATO, das wissen wir spätestens seit dem Jugoslawien-Krieg, ist längst kein Verteidigungsbündnis mehr. Jetzt soll sie endgültig zu einem Instrument des US-geführten sog. „Anti-Terror-Kriegs“ gemacht werden. Seid froh, dass Österreich diesem ehrenwerten Bündnis nicht angehört und verteidigt eure immerwährende Neutralität mit Zähnen und Klauen.

Für die EuropäerInnen kommt es in Prag zur Nagelprobe. Dort wird sich zeigen, wie ernst die EuropäerInnen ihren Widerstand gegen die US-Kriegspolitik gegenüber Irak meinen. In Bezug auf die US-Kriegsvorbereitungen gegen den Irak hat die bisherige Allianz ja viele Risse bekommen. Ein Krieg gegen den Irak trifft weder auf die Zustimmung in der Bevölkerung (Umfragen sprechen von über 80 % Ablehnung), noch auf die ansonsten „uneingeschränkte Solidarität“ der deutschen Bundesregierung und der meisten anderen europäischen Regierungen. Es gilt, meine ich, diesen transatlantischen Widerspruch auszunutzen und die Kampagne gegen das Kriegsabenteuer Irak weiter zu führen. Bei diesem Krieg, der schwieriger, größer und verlustreicher sein wird als alle vorhergehenden US-Kriege nach Vietnam, ist die US-Administration nicht so sehr militärisch, wohl aber politisch auf die Unterstützung aus Europa angewiesen. In Europa liegt demnach auch für uns der Schlüssel, diesen Krieg doch noch zu verhindern. Hierauf müssen alle Anstrengungen der nächsten Tage und Wochen gerichtet werden. Wir haben heute einen Anlauf gemacht mit vielen dezentralen Demonstrationen und Kundgebungen

im ganzen Land – aus Solidarität mit der amerikanischen Friedensbewegung, die ebenfalls heute in Washington und San Francisco ihre großen Antikriegs-Manifestationen veranstaltet.

Es ist hier nicht mehr die Zeit, die Palette der sonst noch wichtigen Themen, die auf der Agenda der Friedensbewegung stehen, aufzufächern. Wie bisher zieht die Friedensbewegung auch künftig einen Teil ihrer Stärke aus ihrer Vielfalt, einer Vielfalt an unterschiedlichen Projekten und Themen und einer Vielfalt verschiedener politischer Ansätze und Aktionsformen. Was dennoch vonnöten ist, ist das Zusammenführen möglichst aller Kräfte der Friedensbewegung in Angelegenheiten von besonderer Wichtigkeit. Solche Angelegenheiten wird es angesichts des erklärten permanenten „Kriegs gegen den Terror“ in Zukunft immer häufiger geben. Die Friedensbewegung – und das gilt für die deutsche wie für die österreichische – braucht also auch lebendige Kommunikationsstrukturen, um sich zu gemeinsamen Aktivitäten zu verabreden. Wir haben hierfür unter anderem den Friedensratschlag in Kassel, vielleicht wird dereinst das „Österreich-Forum“ etwas ähnliches für euer Land sein.

Friedensbewegungen und der Prozess der Sozialforen am Beispiel von Friedensbewegung und ATTAC

Horst-Eberhard Richter

Es ist an der Zeit, dass die Friedensgruppen innerhalb der einzelnen Länder und international wieder stärker zusammenarbeiten, um voneinander zu lernen, um sich gegenseitig zu ermutigen und um Strategien zu entwickeln, die mehr Einfluss auf die Politik versprechen. Es gibt in unseren Ländern viele Menschen, die in der neuen von Amerika gesteuerten Kriegspolitik einen verhängnisvollen Irrweg erblicken, bisher aber noch keinen Anschluss an unsere engagierte Friedensarbeit gefunden haben. Eine unserer zentralen Aufgaben liegt also darin, erfolgreicher für unsere Bemühungen zu werben, d. h. aber auch zu untersuchen, welche Hindernisse dem entgegenstehen.

Zum Krieg gegen den Irak

Zunächst jedoch einige Bemerkungen zur Analyse der augenblicklichen Lage. Uns allen ist wohl klar, dass die Amerikaner einen Krieg gegen den Irak wollen und eher Sorge haben, durch Zugeständnisse von Saddam Hussein oder durch großen Widerstand in den Vereinten Nationen davon abgehalten zu werden. Wenn der UN-Sicherheitsrat nicht mitspielt, ist es anscheinend sein Pech. Dann macht er seine Ohnmacht offenkundig. Präsident Bush kann und will nicht mehr zurück. Die Angriffsmaschine ist schon angelaufen. Mit der entsprechenden Propaganda hält der Präsident bisher Repräsentantenhaus und Senat bei der Stange. Die Demokraten kuschen, weil sie sich als gute Patrioten präsentieren wollen. Die Ausdehnung der Hegemonialmacht im Mittleren Osten und der Griff nach den zweitreichsten Ölvorkommen in der Erde locken – insbesondere einen Präsidenten und seinen Vertreter, die beide aus dem Ölgeschäft stammen. Aber die zivilen Opfer, die ein Krieg zu fordern droht, was ist mit diesen? Das bereitet Washington anscheinend die geringere Sorge, nachdem seine in der UNO durchgesetzten Sanktionen den Tod rund einer halben Million irakischer Kinder seit dem letzten Golfkrieg zur Folge hatten. Hauptgrund: Die zerbombten Wasserwerke und Reinigungsanlagen hatten wegen Einfuhrsperre für entsprechendes Gerät nicht repariert werden können. Deshalb starben pro Monat 4000 – 5000 Kleinkinder durch verseuchtes Wasser. Die Zahlen stammen von der Weltgesundheitsorganisation und von UNICEF, also nicht etwa von linken Antiamerikanern. Aber als ich die Zahlen im deutschen ARD-

Fernsehen am 12. September 2001 in einer Zuschaltung nannte, wurde mein Mikrofon abgeschaltet.

Der 11. September hat nicht die Welt verändert, aber er hat eine, nicht nur amerikanische, sondern gesamt-westliche Illusion zerstört, nämlich dass überlegene Stärke unabhängig mache. Dass einige fast unbewaffnete Terroristen die imposantesten Machtsymbole wie das Pentagon und die Türme in Manhattan kaputt machen konnten, hat uns allen vor Augen geführt, was allerdings auch aus Israel-Palästina längst hätte gelernt werden können: Sogar die gewaltigste Rüstung macht nicht unverwundbar. Wir leben auf der Erde nun einmal in einer vernetzten wechselseitigen Abhängigkeit voneinander. Die einen können die anderen unterdrücken, schwach und arm machen. Aber sie kommen von ihnen nicht los. Und sie müssen immer darauf gefasst sein, dass aus produzierter Ohnmacht Verzweiflung, Hass und schließlich gewalttätiger Widerstand erwachsen können. Der große türkische Schriftsteller Orhan Pamuk schreibt: „Der Westen hat leider keine Vorstellung von dem Gefühl der Erniedrigung, das eine große Mehrheit der Weltbevölkerung durchlebt und überwinden muss, ohne den Verstand zu verlieren oder sich auf Terroristen, radikale Nationalisten oder Fundamentalisten einzulassen.“

In Nahost gab es einen für alle Welt sichtbaren Beleg für die Diagnose Pamuks und für die sich daraus ergebende Schlussfolgerung: Fast drei Jahre war die palästinensische Intifada gestoppt, als die Osloer Vereinbarungen den Palästinensern die Aussicht eröffneten, ihre Erniedrigung zu überwinden. Die Hoffnung, bald in einem eigenen Staat unter Einschluss der befreiten bislang besetzten Gebiete leben zu können, d. h. ebenbürtig neben den Israelis, beendete vorläufig die terroristische Gewalt. Erst als die Hoffnung nach der Ermordung Itzhak Rabins schwand, lebten die Anschläge wieder auf.

Jedenfalls hat Präsident Bush mit der durchgeboxten Erhöhung des Militärhaushaltes um 120 Milliarden auf sage und schreibe 451 Milliarden Dollar und mit dem Aufbruch zu einem Krieg auf unabsehbare Dauer bewiesen, dass er sich weder von Pamuk noch etwa von Kritikern im eigenen Land wie Jimmy Carter, Gore Vidal oder Noam Chomsky, am allerwenigsten von der europäischen Friedensbewegung in seine Kriegsstrategie hineinreden lassen will. Die Amerikaner haben einen patriotischen Philosophen, der sich indessen nicht scheut, die Politik des eigenen Landes schonungslos zu kritisieren. Nach Richard Rorty liegt es ganz im Interesse der Republikanischen Partei, die Nation so lange wie möglich im Krieg zu behalten und in jedem neuen Terroranschlag eine Möglichkeit zu erkennen, die Wiederwahl Bushs sicherer zu machen, weil man mitten im Fluss die Pferde nicht wechsle. Im Interesse der Republikaner liegt also, so Rorty wörtlich „die permanente Militarisierung des Staates, wie sie Orwell in 1984 beschrieben hat.“

Friedensbewegung – selbstkritische Rückblicke

Die US-amerikanische Kriegspolitik und ihre Hintergründe besser zu verstehen, ist für unsere eigene Friedensarbeit wichtig. Aber diese hat auch ihre eigenen Probleme, von denen der Ärger über die amerikanischen Freunde nicht ablenken darf. Ich greife da zunächst einen Punkt auf, der mir als Psychoanalytiker wichtig ist. Ob es uns bewusst ist oder nicht – ob und wie wir uns engagieren, hängt immer auch mit der Verarbeitung von Geschichte zusammen, also damit, was uns Großeltern und Eltern hinterlassen haben und was die Alten aus der eigenen Jugendbiographie noch mitschleppen. Wir Deutschen waren zur Auseinandersetzung mit der Erinnerung schon dadurch gezwungen, dass wir durch Krieg und Holocaust lange am Schandpfahl standen. Den Österreichern wurde diese Anstrengung erschwert bzw. erspart, weil ihnen eine Opferrolle angeboten wurde, aus deren Fragwürdigkeit sie sich erst herausarbeiten mussten. Die Friedensbewegung

steht erst auf einem stabilen Fundament, wenn sie den Mut hat, nicht nur nach vorn, sondern auch selbstkritisch zurückzuschauen.

Die Amerikaner blicken mit gutem Gewissen auf ihre Mitwirkung an der Niederschlagung des Nationalsozialismus zurück. Aber dieser Stolz macht es ihnen schwerer, selbstkritisch über ihr Hiroshima nachzudenken, wobei ich selbstverständlich Hiroshima nicht etwa mit dem Holocaust auf eine Stufe stellen will. Wenn man allerdings liest, dass und wie eine große Opposition zum 50. Jahrestag des Abwurfs der ersten Atombombe eine bereits patriotisch entschärfte Hiroshima-Ausstellung in Washington verhindert hat, so wird einem klar, wie leicht es den Amerikanern fällt, mit einer modernisierten Nuklearrüstung neuerdings ganz offiziell auch atomwaffenfreie Länder zu bedrohen – im Gegensatz zu einer früheren Garantie-Erklärung. Hiroshima bleibt für sie eine ruhmewürdige Kriegstat. Auch Vietnam ist für sie inzwischen nur noch ein Heldenstück, obwohl sie dort Dioxin in einer Menge versprüht haben, das bei entsprechender Verteilung ausgereicht hätte, jedes Menschenleben auf der Erde auszulöschen. Man könnte diese Selbstgerechtigkeit im Umgang mit der Geschichte beneidenswert finden, wäre mit ihr nicht die unmittelbare Versuchung verbunden, unbereute Bedenkenlosigkeit zu wiederholen. Noch einmal sei es gesagt: Die Friedensbewegung kann dem Rückfall in eine Ausrottungsmentalität gegen das Böse, die an die finsterste Periode der Inquisition und der Kreuzzüge des Mittelalters erinnert, nur wirksam entgegen, wenn sie sich auch selbstkritisch dem widmet, was man Erinnerungsarbeit nennt.

Eine Vergangenheit, die man als unbegreiflich oder als längst erledigt von sich abrückt, kann gerade dadurch unbemerkte oder unterschätzte Ausstrahlungen in die Gegenwart aussenden. Es ist gut, wenn sich FriedensaktivistInnen genau Klarheit verschaffen, wie ihre Väter und Mütter mit der Nazizeit umgegangen sind. Wissen sie nicht, aus welcher Familiengeschichte sie herkommen, dann ist ihnen auch nicht klar, was möglicherweise in ihnen selbst steckt und ihre Aktivität unbemerkt beeinflusst. Ich erwähne das nicht im Sinne eines moralischen Appells, sondern als einfache Lehre aus leidvoller Erfahrung. Manche werden in ihrem Engagement zu ungeduldig oder zu fundamentalistisch, weil sie es nie geschafft haben, mit ihren aus der Nazizeit belasteten Eltern zu reden, und weil sie dann ersatzweise ihren aufgestauten Hass in einem blinden politischen Aktionismus ausleben wollen.

Daran möchte ich gleich noch eine weitere Beobachtung anschließen. Auf längere Sicht fühlt man sich in Friedensinitiativen immer nur dann wohl, wenn man nicht in einem reinen Anti stecken bleibt, sondern auch genügend Pro im Sinne hat. Das ist nicht in erster Linie psychohygienisch gemeint, sondern als Problem der politischen Einstellung. Einige unserer wichtigsten Vorbilder wie Nelson Mandela, Gorbatschow, Willy Brandt, für mich zähle ich auch Vaclav Havel dazu, zeichnen sich dadurch aus, dass sie in Verfeindungs-Situationen stets nach Wegen zur Verständigung gesucht und diese dann ja auch gefunden haben. Aber sie konnten diese nur finden, weil sie jeweils daran glaubten, dass eine menschliche Nähe trotz aller Entfremdung herstellbar und im Grunde ein beidseitiges Bedürfnis sei. In der Tat haben nackte Hass- und Rachegefühle etwas Entwürdigendes und zugleich Selbst-Entwürdigendes an sich. Man reduziert den anderen auf das Böse und engt sich in diesem Affekt selbst auf eine archaisch primitive Haltung auf niedrigstem Niveau ein. Der blinde Hass spiegelt zusätzlich zu dem Negativen, das von dem anderen ausgeht, noch das eigene Negative in jenen hinein, woraus dann schnell ein unentwirrbares Knäuel werden kann, in dem sich beide Teile gegenseitig immer noch mehr herunterziehen bis sie schließlich in einem gemeinsamen Elend stecken bleiben.

Freilich liegt es Organisationen, in deren Mitgliedschaft helfende Berufe stark vertreten sind, eher als anderen nahe, ein solches Pro voranzustellen, was im übrigen nicht etwa heißt, Saddam Hussein oder Bin Laden zu verharmlosen. Aber so wie die Amerikaner seinerzeit durch ihre Städtebombardements die Deutschen Hitler eher aufs Neue zugetrieben haben, so sitzt Saddam Hussein dank der Sanktionsfolgen wieder fester im Sattel. Und dass die Palästinenser nicht durch Panzer und Kampfhubschrauber friedlicher werden, sondern nur durch Zugeständnisse in der Verfolgung des Weges von Oslo, haben sie schon bewiesen. Teile der Friedensbewegung geraten leicht in Versuchung, die Gut-Böse-Konfrontation nur mit umgekehrten Vorzeichen zu reproduzieren. Dies wurde zum Dilemma der kommunistischen Friedensgruppen im Kalten Krieg. So heftig sie die amerikanischen Raketen verdammt, so willig akzeptierten sie die russischen. Mit dieser als besondere Kompromisslosigkeit gerühmten Einseitigkeit erklärten sie sich als Avantgarde der Friedensbewegung und machten es damit den konformistischen Medien leicht, diese im Ganzen zu diskreditieren. Unsere Medizinerbewegung und die sonstigen humanistischen einschließlich der kirchlichen Gruppen hatten Mühe, die eigene Identität dagegen zu behaupten. Auch gegenwärtig ist es nicht nur für die Außendarstellung, sondern zunächst für das eigene Selbstverständnis wichtig, das Verständigungsprinzip klar oben an zu stellen., also in Nahost die Friedensgruppen beider Seiten zu unterstützen. Auch Zusammenarbeit mit den verschiedenen Organisationen der amerikanischen Friedensbewegung bietet sich an. Diese haben die gleiche Mühe wie wir, sich in den Medien sichtbar zu machen, so dass hierzulande kaum wahrgenommen wird, was sich drüben als beachtlicher Basiswiderstand gegen den präparierten Irak-Krieg aufbaut.

Ich selbst war erstaunt, als ich kurz vor dem letzten Golfkrieg mit 500 Unterschriften deutscher Wissenschaftler unter einem Anti-Kriegsappell nach Washington flog und drüben eine hierzulande kaum wahrgenommene Friedensbewegung kennen lernte. Ich erreichte sogar, dass die Washington-Post unseren Appell vollständig abdruckte und dass dieses Papier in das offizielle Tagesarchiv des amerikanischen Kongresses aufgenommen wurde, wo Andreas Flitner und ich bei Senatoren und Abgeordneten durchaus Interesse, z. T. sogar Zustimmung für unsere Mission ernteten. Übrigens war damals keine deutsche Zeitung zur Publikation unseres Textes bereit.

Ich finde es übrigens großartig und mutig, dass das Osloer Nobel-Komitee gerade in diesem Augenblick den Expräsidenten Jimmy Carter mit dem hohen Preis auszeichnet und damit die Washingtoner Regierung so schockt, dass es dieser die Sprache verschlägt. Aber dieses betretene Schweigen wahrt immerhin noch den Takt, im Gegensatz zu dem deutschen Kanzler Helmut Kohl, der 1985 das Osloer Komitee ausdrücklich rügte, als es unsere ärztliche Friedensbewegung mit dem gleichen Preis auszeichnete. Heute wie damals wollen die Osloer vor einer ideologischen Spaltung der Welt zur Rechtfertigung imperialistischer Machtziele warnen. Entsprechend kann sich auch unsere Friedensbewegung nur zunehmende Achtung und Stärkung verschaffen, wenn sie nicht nur gegen den Einsatz militärischer Mittel kämpft, sondern mit Vorrang für ein anderes Denken, das Michail Gorbatschow einmal mit dem Schlagwort von der „Humanisierung der Beziehungen“ benannt hat. So sagen Kenner des Irak: Hätten Amerikaner und der Westen nicht dafür gesorgt, dort die Kindersterblichkeit massiv zu erhöhen und die schon zu über 90 % erreichte Alphabetisierung fast auf die Hälfte zurückzuwerfen, hätte sich im Land längst eine schlagkräftige Opposition anstelle des Saddam immer noch stützenden Amerikahasses entwickelt. Hätte Präsident Bush die Israelis auf den Weg der Verständigungspolitik von Itzhak Rabin zurückgebracht, müssten diese nicht mehr in Angst und die Palästinenser nicht mehr in Trümmern und Chaos leben.

Ein neues Denken ist gefordert!

Nur ein gewandeltes Denken hat die scheinbar unüberwindbaren Fronten zwischen Ost und West und zwischen Weißen und Schwarzen in Südafrika durchbrochen. Gewandeltes Denken in diesem Sinne geht über das Konzept einer bloßen Antikriegs-Strategie weit hinaus. Es endet nicht bei Forderungen nach mehr ziviler Konfliktbearbeitung, nach Abrüstung, besserer Rüstungskontrolle, Stärkung der UNO-Autorität, usw. denn alle die hier angesprochenen Defizite sind ja bereits die Folge jener falschen Grundeinstellung, nach welcher dem Sieger im Machtwettstreit zusteht, eine Weltordnung oder Unordnung nach seinem Gusto zu bestimmen.

Wenn die Friedensbewegung in manchen Regionen ein wenig erlahmt scheint, so zu einem nicht geringen Teil aus der Einsicht, dass viele noch so treffende Kritiken und Proteste zu kurz greifen und unterschätzen, dass alle Attacken gegen propagandistische Wahrheitsfälschung oder Brüche des Völkerrechts verpuffen, so lange sich eine Mehrheit stillschweigend einer global organisierten Ungerechtigkeit unterordnet, die für Wahrheit und Recht verschobene Maßstäbe bestimmt. So richtig und notwendig es ist, eine verlogene Kriegspropaganda zu entlarven oder Brüche des Völkerrechts und Verstöße gegen die UNO-Charta zu brandmarken, so bleibt es bei einer Produktion von Frust, wenn sich mehrheitlich eine resignative Gewöhnung daran durchsetzt, Willkür aus Übermacht als Legitimation der Stärke insgeheim hinzunehmen und von den Medien zu lernen, dass Anpassung immer noch die beste Daseinssicherung ist.

Wenn sich nun, zunächst kaum bemerkt, in vielen Ländern spontan eine neue Bewegung formiert hat, die sich der Globalisierungskritik verschrieben hat, so doch wohl, um den Verantwortungshorizont des Engagements zu erweitern, weil ein großer Zusammenhang erkannt wird zwischen Militarisierung der Politik, versteckter und offener Gewalt in der Wirtschaft, Missachtung der Rechte von Frauen und Gewerkschaften, Misshandlung der Umwelt, Rücksichtslosigkeit gegenüber künftigen Generationen und so fort. Tatsächlich umfasst eine Kultur des Friedens alle diese Bereiche oder müsste sie umfassen. Wenn die ATTAC-Bewegung sich in ganz kurzer Zeit über 40 Länder ausgebreitet hat, so beweist sich allein darin das Wachsen des Bewusstseins, dass unsere Welt-Unordnung von einer Art Krankheit geheilt werden muss, die alle gesellschaftlichen Bereiche durchdrungen hat und letztlich unsere gemeinsame Selbstzerstörung möglich macht. Ich nenne die Krankheit Egomane. Sie zerstört die Erkenntnis, dass wir alle miteinander und mit der Natur vernetzt und aufeinander angewiesen sind. Weder die Einzelnen noch einzelne Organisationen, Nationen oder Kulturen dürfen ihre Befriedigungen nur nach eigenen Bedürfnissen ausrichten, sondern alle müssen sich nach den Prinzipien der Gerechtigkeit orientieren. Verstöße gegen die Gerechtigkeit, wo auch immer, schaffen Unterdrückung und den Nährboden für Gewalt, letztlich für Terrorismus und Krieg.

Die Programme von ATTAC, die inzwischen wohl hinlänglich bekannt sind, tragen dieser Grundidee Rechnung. Sie irritieren manchen durch die Vielzahl der darin angesammelten Reformansätze, die nebeneinander verfolgt werden. Aber diese Vielfalt durchzieht ein gemeinsames Band, das ist das Streben nach einer solidarischeren und gerechteren Weltgesellschaft, in der die Menschen nicht länger ihren Zusammenhang durch die Übermacht von Technologien und durch die Eigendynamik ökonomischer Egoisten verlieren. Für ATTAC steht z. B. im Kampf gegen den Terrorismus die Wiederherstellung von Ebenbürtigkeit bzw. die Überwindung von Erniedrigung und kultureller Missachtung obenan, um terroristischem Hass den Nährboden zu entziehen. Das klingt alles nach blauäugiger Utopie, jedenfalls aus der Perspektive der immer noch vorherrschenden

Egomane. Aber bei ATTAC sagt man, die eigentliche und schlimmste Utopie ist die, wir könnten ungestraft so weitermachen wie bisher.

Man könnte mich so missverstehen, dass ATTAC die verschiedenen Einzelbewegungen wie etwa die Friedensbewegung schlichtweg schlucken könnte oder gar sollte. Das sehe ich keinesfalls so. In der Zusammenarbeit mit ATTAC kann die Friedensbewegung ihr Bemühen verstärken, den Blick über Waffen, Plutoniumwirtschaft, Bush, Al Qaida hinaus auf die sozialen, ökonomischen und ökologischen Weltprobleme zu erweitern, die insgesamt entweder für ein friedliches Zusammenleben oder für einen Absturz in gemeinsame Zerstörungsprozesse maßgeblich sind. Entscheidend ist die Erweiterung des Blickwinkels, um Einzelprobleme, auf die man sich praktisch konzentriert, genauer in ihrem Stellenwert im Rahmen des Ganzen zu erfassen. ATTAC wiederum benötigt die Erfahrungen und das Wissen der einzelnen Basisinitiativen, wenn es darum geht, in aktuellen speziellen Konflikten effektiv zu intervenieren. Das zeigt sich z. B. nach dem 11. September, indem ATTAC sich mit der Friedensbewegung zu gemeinsamen Veranstaltungen verbunden hat und diese Zusammenarbeit weiter pflegt. Umgekehrt bieten diverse konstruktive Reformansätze der Globalisierungskritiker FriedensaktivistInnen erwünschte konkrete Handlungsziele, die weniger Frust verheißen als die alltägliche ohnmächtige Wut auf die Borniertheit bellizistischer Betonköpfe.

3. Globaler Krieg – globaler Widerstand

Gewaltfreiheit ist der beste Weg zu Frieden und Gerechtigkeit

Interview mit Noah Salameh (Palästina) und Amos Gvirtz (Israel)

Das Interview führte Hildegard Goss-Mayr

F: Ihr wart beide lange auf der Suche, bis ihr zur aktiven Gewaltfreiheit als Lebenshaltung gelangt seid. Könntet ihr euren Weg und euren persönlichen Hintergrund beschreiben?

Noah: Ich komme aus einer sehr schwierigen Situation. Ich bin Flüchtling und war 15 Jahre in einem israelischen Gefängnis. Ich habe mich mein ganzes Leben gefragt: Warum bin ich in dieser Situation – als Flüchtling, als politischer Gefangener? Ich habe in Büchern nach Antworten gesucht, warum wir einander hassen und gegeneinander kämpfen müssen – und wo wir hin möchten. Trotz der Besetzung und des Leidens habe ich mich gefragt, wie dieser Konflikt gelöst werden kann, ohne dass die anderen oder wir verletzt oder getötet werden. Nach einem langen Prozess der inneren Auseinandersetzung kam ich zu dem Schluss, dass Gewaltfreiheit vielleicht mehr erreichen kann und beide Seiten weniger verlieren. Ich hatte viel über Menschen wie Gandhi, King, den Propheten Mohammed, Jesus, die alle Gewaltfreiheit gebrauchten, gelesen und auch Philosophen wie Sartre oder Marx studiert, die alle über die Veränderung der Welt nachdachten. Die meisten Philosophien und Religionen behaupten, für eine bessere Welt zu arbeiten. Aber es gibt verschiedene Ansichten über das WIE. Für mich war der beste Weg der der Gewaltfreiheit. Dieser Weg ist schwieriger und braucht mehr Zeit und vielleicht auch größere Anstrengungen, aber es ist der beste Weg, unsere Ziele – Frieden und Gerechtigkeit – zu erreichen. Jede Vereinbarung muss auf den Werten des Friedens, der Gerechtigkeit, der Menschenrechte und Demokratie ohne Diskriminierung basieren. Das sind die Prinzipien, für die ich arbeite. Und ich hoffe auch, dass auch die israelische Friedensbewegung sich auf diese Werte konzentriert.

Amos: Ich wurde vor der Gründung Israels geboren und bin in einem Kibbuz aufgewachsen. In meiner Kindheit durchlief ich einen Prozess, den ich „moralischen Prozess“ nenne. Ich hörte auf, die Streitigkeiten zwischen Kindern zu akzeptieren. Mit 16 wurde ich Vegetarier, denn ich konnte die Grausamkeit des Schlachtens von Tieren nicht mehr ertragen. Dann musste ich zur Armee und ich dachte nicht einmal daran, dass ich „Nein“ sagen kann. Doch meine Freunde fragten mich, was ich tun werde, wenn ich mit einem Gewehr einem Araber, der auch ein Gewehr hält, gegenüberstehe. Meine Antwort lautete, dass ich zwei Mal schießen würde: Zuerst würde ich mich verteidigen, doch dann würde ich mich selbst erschießen, denn ich fühlte, dass ich mit dem Wissen, einen Menschen getötet zu haben, nicht leben könnte. Die elementare Frage lautete dann: Wenn ich niemanden töten will, warum soll ich dann überhaupt ein Gewehr in der Hand halten? Ich bat um meine Entlassung aus der Armee. Ich beendete meine Militärzeit als Zivilist in einem Kibbuz. Später erhielt ich ein Buch von Nathan Chofshi, einem spirituellen Führer der Pazifisten in Israel. Dieses Buch war die Entdeckung meines Lebens, denn ich las etwas, das meinen Gefühlen im Kontext unsere Konfliktes Logik und Begründung verlieh. Später schloss ich mich der israelischen Sektion der War Resisters International an.

F: Noah, kannst du die Auswirkungen der Besetzung beschreiben und in diesem Zusammenhang das Konzept des „Center for Conflict Resolution and Reconciliation“

erklären?

Noah: Wie in jedem anderen Land bedeutet Besetzung, dass ein Volk ein anderes dominiert und unterdrückt. Wir leben seit 50 Jahren unter einer Besatzungsmacht – unter Notstandsgesetzen, Militärbefehlen. Während der letzten zwei Jahre war es nicht möglich, sich frei zwischen Städten bzw. Dörfern zu bewegen. Das israelische Militär hat die gesamte Infrastruktur in palästinensischen Gebieten zerstört und behindert zum Teil den Schulbesuch. In sieben Städten haben die SchülerInnen das Schuljahr noch nicht begonnen! In diesen Städten werden lange Ausgangssperren verhängt. Das ist die Situation, in der wir leben. Die Welt ignoriert das und fragt, warum Palästinenser gewalttätig reagieren. Ich selbst musste 45 Tage durchgehend mit meiner Frau und meinen 5 Kindern wegen der Ausgangssperren zu Hause bleiben. Meine Kinder fragten mich, warum Panzer um unser Haus fahren und die Soldaten schießen. Was soll ich antworten, ohne sie das Hassen zu lehren?

Und hier kommen wir zu den Grundlagen unserer Arbeit im Zentrum für Konfliktlösung und Versöhnung: Mit unserem Zentrum versuchen wir die Situation zu verändern. Wir brauchen andere Werkzeuge für den Kampf und die Lösung von Konflikten. Die Hauptaufgabe unseres Zentrums ist daher die Friedenserziehung. Wir möchten Kindern einerseits die Werte der Gewaltfreiheit, des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte vermitteln und ihnen andererseits das nötige Handwerkszeug – Kommunikationsfähigkeit, Mediation, Verhandlungsfähigkeit, Konfliktlösungsmethoden usw. – für deren Durchsetzung anbieten.

F: Amos, du bist Mitglied der radikalen Friedensbewegung in Israel. Wofür steht sie?

Amos: Es ist schwer zu sagen, wofür die radikale Friedensbewegung steht, denn es gibt sehr verschiedene Standpunkte – z. B. in der Frage der Lösung des Konfliktes zwischen Israel und Palästina. Manche wünschen sich eine „Zwei-Staaten-Lösung“, manche eine „Ein-Staat-Lösung“. Aber es gibt Unterschiede zwischen der radikalen und der moderaten Friedensbewegung, wobei die Grenzen verschwimmen. Wenn wir eine Bewegung wie „Peace Now“ betrachten, erkennen wir eine Strategie, die versucht, nicht mehr als einen Schritt links des allgemeinen Konsens zu stehen. Damit versuchen sie, die Menschen im Zentrum unserer Gesellschaft zu erreichen. Dafür müssen sie aber auch viele ihrer Forderungen zurückstellen. Wir in der radikalen Friedensbewegung sagen und verlangen, was wir denken. Es gibt auch Unterschiede in Bezug auf den Umgang mit Gesetzen. Als es in Israel gesetzlich verboten war, mit Vertretern der PLO zu sprechen, trafen wir von der radikalen Friedensbewegung in aller Öffentlichkeit mit PLO-Vertretern zusammen und nahmen in Kauf, verhaftet zu werden. Peace Now kämpfte gegen das Gesetz, hielt sich aber daran. Ein weiterer Unterschied betrifft die Wehrdienstverweigerung in den besetzten Gebieten – in anderen Worten, die Verweigerung, mit dem Bösen, der Besetzung, zu kooperieren. Die radikale Friedensbewegung tritt für diese Verweigerung ein. Peace Now vertritt den Standpunkt, dass einer demokratisch gewählten Regierung Gehorsam zu leisten ist und die Besetzung auf politischem Weg bekämpft werden muss.

Mein persönliches Engagement geht in zwei Richtungen: Erstens die Frage der Gewaltfreiheit, denn das Leben der Menschen ist mir heilig und steht über allen anderen Werten. Das drückt sich in meinem Engagement in der Organisation „Israelis and Palestinians for Nonviolence“ (Zweig des Versöhnungsbundes) aus. Mein zweites Anliegen ist es, den Kern des Konfliktes aufzuzeigen: Dass eine Gesellschaft in das Territorium einer anderen eingedrungen ist und einen Prozess der Verdrängung begonnen hat. Daher konzentriere ich mich darauf, diesen Prozess zu stoppen. Denn es wird keinen Frieden geben, bis dieser Prozess gestoppt ist und ein Kompromiss – ein sehr

schmerzvoller – für die Aufteilung des Landes gefunden wird. Ich bin einer der Gründer des „Israeli Committee against House Demolition“, das gegen die Zerstörung von Häusern, gegen die Beschlagnahmung von Land und die Deportationen – also die drei Methoden der Vertreibung – arbeitet. Damit stellen wir den menschenrechtlichen Aspekt des Konflikts ins Zentrum unserer Aktivitäten.

F: Wie könnte der gewaltfreie Ansatz innerhalb der israelischen Friedensbewegung erweitert werden?

Amos: Ich spreche über meine Vision – der Eskalation von Gewaltfreiheit. Nach meiner Meinung kann jede Partei in unserem Konflikt eine spezifische Rolle im Spektrum der Gewaltfreiheit spielen. In Bezug auf Indien oder die Bürgerrechtsbewegung in den USA sprechen wir von aktiver Gewaltfreiheit. Wenn ich die Forderungen der israelischen Friedensbewegung an unsere Regierung beschreibe, dann sind unsere Forderungen im Bereich der präventiven Gewaltfreiheit zu finden. Die Besetzung, die Beschlagnahme von Land und die Zerstörung von Häusern, das Stehlen von Wasser, der Stopp des Siedlungsbaus, die Aufhebung der Ausgangssperren – alle diese Dinge können nur mit Gewalt gegen die Opfer durchgeführt werden, aber sie provozieren Gegengewalt. Wenn wir verlangen, dass diese Ungerechtigkeiten gestoppt werden, verlangen wir präventive Gewaltfreiheit. Auch die Soldaten, die sich weigern, in den besetzten Gebieten zu dienen, sowie Israelis, die keine Waren aus den Siedlungen kaufen, setzen einen Akt präventiver Gewaltfreiheit. Gewaltfreiheit erlaubt uns auch, mit den Palästinensern zusammenzuarbeiten. Denn auch wenn ich der Meinung bin, dass die Palästinenser mit ihrem Kampf im Recht sind, kann ich an einem gewalttätigen Kampf gegen mich selbst doch nicht teilnehmen! Aber wenn der Kampf gewaltfrei ist, können wir uns beteiligen – und das tun wir auch, wenn wir gemeinsam Olivenbäume pflanzen oder zerstörte Häuser wieder aufbauen. Oder wenn wir wie gerade jetzt bei der Olivenernte helfen, weil die Siedler und die Armee die Bauern nicht auf ihre Felder lassen, nehmen wir in diesen gewaltfreien Aktionen dieselbe Seite wie die Palästinenser ein. Wir sollten alle unsere Anstrengungen darauf ausrichten, die Umwandlung der Eskalation von Gewalt zu einer Eskalation der Gewaltfreiheit voranzutreiben.

F: Noah, worin bestehen für dich persönlich und für andere palästinensische Friedensarbeiter die größten Schwierigkeiten in dem Engagement für gewaltfreie Veränderung?

Noah: Gerade jetzt gibt es viele Schwierigkeiten. Denn die Menschen sehen keine schnellen Ergebnisse. Da wir unter Besetzung leben, erwarten die Menschen rasche Veränderungen, die ihr Leben erleichtern. Diese können wir nicht anbieten und die Menschen fragen uns, warum sie über Frieden sprechen sollen, wenn sie unter der Ausgangssperre leiden. Und es ist schwierig zu erklären, dass wir geduldig sein müssen, bis wir unsere Ziele erreichen. Besonders jetzt, da diese rechtsextreme israelische Regierung auch den gewaltfreien Kampf als extrem aggressiv ansieht. Selbst wenn wir die Situation beruhigen, provoziert die israelische Regierung immer wieder, um den Kreislauf der Gewalt zu rechtfertigen. Hier benötigen wir dringend internationale Unterstützung, um Druck auf die israelische Regierung ausüben zu können, damit wir Zeit gewinnen, die Friedensbewegung besser zu organisieren. Es wäre sehr wichtig, dass die internationale Gemeinschaft eine Rolle spielt und kontrollierend wirkt.

Zudem sind wir in den Augen der israelischen Regierung Kriminelle. Auch wenn wir gewaltfrei handeln, sind wir derselben kollektiven Bestrafung und Restriktion ausgesetzt.

Es ist auch nicht erlaubt, die israelische Friedensbewegung zu treffen. Ich kann nicht nach Jerusalem fahren, die israelische Friedensbewegung kann nicht nach Bethlehem kommen. Es ist in den Augen der israelischen Regierung illegal, dass sich FriedensaktivistInnen beider Seiten treffen. Aber auch innerhalb der palästinensischen Bevölkerung wird es nicht gerne gesehen, wenn wir Israelis treffen – denn in den Augen mancher Menschen treffen wir die Feinde und kooperieren mit der Besatzung. Unsere eigenen Leute verstehen nicht, dass auch wir kämpfen – auf einem anderen Weg. Denn es gibt nicht nur eine Art zu kämpfen, es gibt nicht nur das Schießen und die Gewalt. Unser Weg ist der Weg der Gewaltfreiheit. Wir werden kritisiert, denn es gibt einige Menschen, die am Krieg interessiert sind. All das stellt ein großes Hindernis für uns dar. Deshalb brauchen wir so dringend die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft und der Friedensbewegungen, wie diese Einladung nach Österreich: Wenn ich nach Hause komme, kann ich erzählen, dass es FriedensaktivistInnen gibt, die mit uns für ein Ende der Besetzung kämpfen, dass es Menschen gibt, die für dieselben Werte eintreten. Das stärkt uns. Wir hoffen auch, dass die internationale Friedensbewegung unsere Programme unterstützen kann und mit uns kooperiert – speziell in der Friedenserziehung.

F: Das ist eine sehr wichtige Botschaft für die Friedensgruppen hier. Amos, möchtest du auch eine Botschaft an die Freunde und Freundinnen des Versöhnungsbundes richten?

Amos: Wir werden eine Ernteaktion in einigen palästinensischen Dörfern vorbereiten, wo die Armee und die Siedler die Bauern an der Olivenernte hindern. Und es ist wirklich sehr erfreulich zu sehen, dass viele internationale Friedensaktivisten ihr gemütliches und sicheres Zuhause verlassen und ein großes persönliches Risiko in einer Kriegszone eingehen, um die Opfer mit gewaltfreien Mitteln zu schützen. Ich bin jenen dankbar, die den Mut dazu haben – sie leisten großartige Arbeit. Diese Aktionen zeigen, dass die Welt eine gemeinsame Verantwortung aufbaut, die über alle Grenzen hinweggeht. Wenn wir über Globalisierung sprechen und sehen, wie die kapitalistische Wirtschaftsordnung arbeitet, in der Menschen anderer Nationen wie Sklaven ausgebeutet werden, um den eigenen Lebensstandard zu sichern, ist es schön zu sehen, wie die Friedensbewegung jeglichen Nationalismus bricht und eine globale Solidarität aufbaut. Mit diesen Aktionen zeigt die Friedensbewegung, wie wir die Welt haben wollen – eine Welt der internationalen Solidarität, die keinen Unterschied zwischen Nationen, Rassen, Geschlechtern oder Religionen macht.

Globalisierung aus feministischer Sicht

Claudia Werlhof

Das Thema unseres Workshops „Globalisierungskritik aus feministischer Sicht“ sagt auch bereits, dass unter Globalisierung nicht das verstanden werden kann, wofür wir stehen: weltweite Vernetzung, Initiativen für globale Lösungen usw. Globalisierung ist das historische Resultat einer etwas längeren Übung, die wir Kapitalismus und Patriarchat nennen, die aber im Gegensatz zu früheren Internationalismen, Weltreichen, Kolonialismen und Imperialismen nun auf neue Weise auch den Norden kolonialisiert. In den Norden selbst, von dem diese ganze Bewegung in Form der Kolonialisierung der Welt ausgegangen ist, kommt sie jetzt zurück. Der Prozess der Kolonisierung und Unterentwicklung kehrt nach der Weltumrundung mit allen Problemen, die er schafft, in den Norden zurück.

Die Globalisierung bedeutet eine neue Art von Wirtschaftspolitik, die wir Neoliberalismus nennen. Sie wurde erstmals in Chile nach dem Putsch 1973 ausprobiert. Sie orientiert sich im Gegensatz zum Keynesianismus nicht mehr an sozialen Kriterien, also daran, dass in einer Krise der Staat eingreifen, investieren und soziale Ausgaben finanzieren muss. Diese neue Wirtschaftspolitik, die so genannte „Chicago-Schule“ – nach einer Uni in Chicago, an der August Friedrich Hajek, ein Österreicher, und Milton Friedman diese neue Wirtschaftstheorie vertreten haben – orientiert sich nicht an der Nachfrage, sondern ausschließlich an den Anbietern. Diese Sichtweise verlangt vorrangig den Schutz der Unternehmen, der Großkonzerne. Ihre Möglichkeiten Waren abzusetzen, dürfen in gar keiner Weise eingeschränkt werden, was auch dazu führt, dass Kleinstrukturen und mittlere Betriebe überall kaputt gehen. Neoliberalismus bedeutet also nicht nur Wirtschaft, die am Kapital allgemein, sondern nur mehr am Großkapital orientiert ist. Zweitens ist wesentlich für diese Orientierung, dass die Geldwert-Stabilität zentral ist. Deshalb nennt man sie auch monetaristische Wirtschaftspolitik. In den 80iger Jahren standen vor allem Ronald Reagan und Margret Thatcher in den USA und England für diese Politik. In Europa ist die EU die wesentliche Institution, über die neoliberale Umstrukturierungen vorgenommen werden. Die Verträge von Maastricht und Amsterdam sind rein neoliberal orientiert. Und diese Wirtschaftspolitik wird in allen Mitgliedsländern von oben durchgesetzt.

Global organisiert die WTO, die Welthandelsorganisation diesen Prozess. Sie agiert als eine Art Weltregierung innerhalb dieser globalen konzern-gesteuerten Ökonomie und schafft unter den Stichworten Liberalisierung, Flexibilisierung und Deregulierung die rechtlichen Rahmenbedingungen. Sie hat auch die Macht Länder, die sich dem nicht unterwerfen, zu verklagen, zu bestrafen und zur Kasse zu bitten.

Neoliberale Politik, die über supranationale Strukturen, wie die EU und über Regierungen bis in die letzten Dörfer hinein wirkt, hat im Gegensatz zu ihren Versprechungen zu einer Verelendung von einer wachsenden Menge von Menschen, hat zur „globalisation of poverty“, zur Globalisierung der Armut geführt, und das eben nicht nur in den so genannten Dritte-Welt-Ländern, sondern auch in den Ost-Ländern und zunehmend im Norden und Westen selbst.

Betroffene der neoliberalen Globalisierung

Und wenn wir jetzt die Frage stellen, wen das betrifft, kommen natürlich sofort die Frauen in den Blick. Die Verelendung trifft immer zunächst die Frauen. In unserem

Zusammenhang vor allem, weil die Arbeitslosigkeit zunimmt. Die rasante Konzentration, die Zerstörung von Klein- und Mittelbetrieben bis hin zu den Fusionen von Großunternehmen, über die wir jetzt oft in den Zeitungen lesen, gehen ja einher mit dem Wegfall von Beschäftigungsmöglichkeiten. Dazu gibt es inzwischen auch die Technik. Die Technik hat sehr viel beigetragen, besonders die Computertechnik, dass man sehr viele Leute – das heißt eigentlich die Lohnkosten – einsparen kann. Dazu kommt, dass auch über die Verschlechterung der Bedingungen für die Beschäftigten, also in den Arbeitsverhältnissen selber, die Lohnkosten gesenkt werden: von den Mac-jobs, den Billig-jobs bis zu einem neuen Sklaventum. Durchgehende Lohnarbeitsverhältnisse, die stabil waren und ein Einkommen ermöglichten, von dem man auch existieren konnte, sogar noch mit Familie, werden immer seltener. Wir haben das schon Ende der 70er Jahre prognostiziert, dass die Bedingungen für Lohnarbeit immer mehr dem angeglichen werden, was in den Weltmarktfabriken passiert. Zunächst wurde so in der so genannten Dritten Welt produziert, inzwischen immer mehr auch in den Ost-Ländern. Massenartikel, vom Chip über Textilien bis zu Turnschuhen werden in diesen Weltmarktfabriken unter Bedingungen produziert, die sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse aufweisen. Zu 80 % arbeiten dort junge Frauen, für ein paar, höchstens 10 Jahre. Sie sind praktisch kaserniert und bekommen kaum etwas bezahlt – deshalb nennen wir diesen Prozess „Hausfrauisierung der Lohnarbeit“. In der modernen Hausarbeit kommt Bezahlung auch nicht vor. Diese Tatsache, dass Frauen unentlohnt arbeiten – zunächst eben in der Reproduktion – wurde immer mehr auf die außerhäusliche Lohnarbeit von Frauen angewandt. Heute greift diese Tendenz auch auf die männliche Lohnarbeit über, insbesondere in der Ausländerbeschäftigung, bei prekären Beschäftigungsverhältnissen und eben in den Weltmarktfabriken mit sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen. In diesen Bereichen gibt es auch kaum noch die Möglichkeit zur gewerkschaftlichen Organisierung.

Der Hauptgrund für die Verelendung, die die Globalisierung mit sich bringt, ist also die zunehmende Inanspruchnahme aller Produktionsmittel und Märkte durch multinationale Konzerne. Die gilt insbesondere auch für den Agrarsektor. Am Beispiel des Saatgutgeschäftes kann man zeigen, wie pervers diese Entwicklung ist. Weltweit werden Kleinbauern und Farmer gezwungen, ihr Saatgut von großen Konzernen zu übernehmen. Dazu werden auch technische Entwicklungen benützt. Es gibt z. B. das so genannte Terminator-seed, welches nur einmal fruchtbar ist und im nächsten Jahr nicht mehr. Saatgut wird unfruchtbar gemacht, also die Unfruchtbar-Machung der Fruchtbarkeit findet statt, damit jedes Jahr Saatgut gekauft werden muss. Weltweit sind wir heute ZwangskonsumentInnen von „Gentechnisch modifizierten Organismen“ – andere sind bald gar nicht zu bekommen, weil das Angebot, das die Konzerne machen, geschützt und unterstützt wird und nicht das, was die Leute selbst nachfragen. In Indien und auch in den USA überwachen die Saatgutkonzerne die Bauern und Farmer mit eigenen Sicherheits- und Polizeikräften, um sicherzustellen, dass sie nicht heimlich eigenes Saatgut verwenden.

Lizenz zum Plündern

Bei der Konferenz der WTO in Cancun/Mexiko im September nächsten Jahres soll durchgesetzt werden, dass die Rechte der Konzerne über den Menschenrechten stehen. Das bedeutet, dass das MAI, das ja gescheitert ist, eben wieder neu auf die Tagesordnung kommt. Ihr erinnert Euch: das MAI war ein Vertragsentwurf, der den großen Konzernen jede Art von Freiheit gewährt hätte, überall auf der Welt zu tun und zu lassen, was sie wollen und alle anderen Rechte, die der ProduzentInnen, der Umwelt, der ArbeiterInnen sollten per Gesetz untergeordnet werden. Es ging um eine „Lizenz zum Plündern“. Die Konzerne wollten globalen Zugriff auf alle Ressourcen und alle

Arbeitskräfte vertraglich zugesichert haben, ohne, dass ihnen irgendwelche Bedingungen gestellt werden können.

In dieser Auseinandersetzung hat die Anti-Globalisierungsbewegung an Breite und Bedeutung gewonnen, so dass sie 1998 schon größer war als die Anti-Vietnamkriegs-Bewegung. In Seattle 1999, wo die WTO-Konferenz geplatzt ist, waren zigtausend Leute aus aller Welt und aus allen Gruppen der Bevölkerung, also Bauern, ArbeiterInnen, Gewerkschaften, Frauen, usw.

Der nächste Vertrag, mit dem der globale Raubzug rechtlich gedeckt werden soll, ist das GATS, das ist der Dienstleistungsvertrag der WTO. Es geht darum, dass alle Dienstleistungen in private Hand – und d. h. Konzernhand – vergeben werden sollen. Der ganze öffentliche und kommunale Sektor: das Gesundheitswesen, das Bildungswesen, der Transport und Verkehr, die Kommunikation, der Tourismus, das Wasser – eben alle Bereiche sollen liberalisiert und privatisiert werden. Im Vertrag von Nizza hat sich die EU vorgenommen, das bis 2004 zu realisieren. Bis zum März 2003 sind alle Mitgliedsländer verpflichtet worden, bekannt zu geben, welche Bereiche sie für die Privatisierung öffnen wollen und von welchen sie erwarten, dass die anderen sie öffnen sollen. Und einmal unterschrieben ist das GATS ein Gesetz, internationales Recht und kann nicht mehr zurückgenommen werden. Wer dagegen arbeitet, wird kriminalisiert!

Wir können uns vorstellen, was das für Frauen bedeutet: zuständig gemacht umsonst und immerfort dafür zu sorgen, dass das Leben jedenfalls weitergeht, haben sie nicht nur die Verfügung über Produktionsmittel verloren, also die Möglichkeit, sich die Grundlagen für ihr Leben selbst erarbeiten zu können, sie verlieren zunehmend den Zugang zur Lohnarbeit und bekommen zusätzlich immer mehr Gratis-Arbeit aufgelastet. GATS würde dazu führen, dass sich sehr, sehr viele Leute keine vernünftige Gesundheits- oder Krankenversorgung, keine Bildung oder Kinderbetreuung leisten können, und die meisten dieser sozialen Arbeiten dann wieder auf die Frauen zurückfallen. Denn entweder wird diese Arbeit dann eben gratis gemacht, oder die Leute leben und krepieren elendiglich.

In vielen Punkten geht es bei GATS um die selben Dinge, wie bereits beim MAI – und da die dahinterstehenden Interessen fortbestehen, werden sie auch immer wieder auf die Tagesordnungen dieser Konferenzen kommen. Und da ist natürlich die Bewegung herausgefordert – Mobilisierungen und Kampagnen sind ja auch schon im Gang.

Wenn man genauer hinschaut, stößt man aber ganz deutlich auf die unglaubliche Kurzsichtigkeit dieses Denkens. Es geht für Banken, Versicherungen und natürlich auch die AnlegerInnen und AktionärInnen darum, möglichst kurzfristig aus Geld mehr Geld zu machen, aber langfristig unterminieren sie letztlich ihre eigenen geschäftlichen Bedingungen, sie unterminieren die Ökologie, sie unterminieren die Demokratie, sie unterminieren die sozialen Grundlagen der Gesellschaften. Dieses Denken steht im Gegensatz zu einem, das zum Ziel hat, dass alle ihr Auskommen haben, dass die Naturressourcen nicht übernutzt und nicht zerstört werden, dass auch die nächsten Generationen eine Erde vorfinden, auf der sie leben können.

Patriarchale Triebfeder der Entwicklung

Hinter all dem steht die Idee, dass man ständig beweisen muss, dass man durch die Transformation der Naturstoffe – das ist ja Warenproduktion, die Transformation von Natur in Ware, die (ver)käuflich ist – die Natur übertrumpfen kann. Der wirklich treibende Gedanke ist, der selbständigen und selbstschöpferischen Natur etwas entgegen zu

setzen. Dieser patriarchale Gedanke, um den es auch gerade in der Technikentwicklung geht, die Natur zu beherrschen, zu übertrumpfen, sie überflüssig zu machen, sich ihr entgegen zu stellen, keine Grenzen des Wachstums und der Machbarkeit anzuerkennen – bis hin zur Gebärfähigkeit der Frauen – prägt die ganze Neuzeit, aber er ist schon viel älter.

Der ägyptische Pharao Echnaton hat sich schon als schwangeren Mann darstellen lassen. Die Idee, dass bewiesen und durchgesetzt werden muss, dass der Mann der Schöpfer ist und nicht die Frau, hängt mit der Entstehung des Patriarchats zusammen und spiegelt sich in allen monotheistischen Religion wider.

Wir wissen nicht genau, wie der Übergang zum Patriarchat stattgefunden hat. Wir wissen nur, dass die alten Frauenkulturen meistens von Eroberern vernichtet worden sind. Die darauf gegründete Herrschaft, wenn sie nicht wieder aufgelöst werden wollte, musste sich legitimieren. Und sie tat es – ideologisch –, indem sie sagte, wir sind die besseren Göttinnen, sprich Gott und wir sind die besseren Mütter, sprich Vater. Die monotheistischen Religionen haben alle matriachale Quellen und Wurzeln. Man findet sie im Judentum, im Islam, im Christentum – Jesus und Mohamed sind matriachale Männer. Mohammed hatte auch noch eine matriachale Frau, die Hadidja. Es gibt bis heute diese Spuren in den religiösen Schriften, auch wenn sie im Laufe der Jahrhunderte immer mehr getilgt und die Namen der Göttinnen immer mehr entfernt wurden. Es gibt eine eigene Forschung, die diese Veränderung der Texte untersucht.

Diese Entwicklung mündet in das neuzeitliche Projekt der Frauen- und unmittelbaren Naturbeherrschung, also in das Bemühen, Natur tatsächlich zu beherrschen, so wie die Frauen, und dies nicht nur in Gedanken oder in der Behauptung.

Der technische Fortschritt, den ich als Lüge bezeichne, der darin bestehen soll, dass es angeblich möglich ist, alle Naturstoffe in etwas Besseres, Höheres zu transformieren, das ist die Alchemie des 5.000 jährigen Projektes, an der die Mehrheit der Leute heute noch hängt. Sie sehen gar nicht, wie katastrophal die Verwüstung ist, die da entsteht. Sie glauben, dass es nichts macht, wenn es keine Seeottern mehr gibt, wenn Tausende von Tierarten aussterben, oder wenn die Urwälder weg sind, weil die Menschen dann ja eine Alternative selbst geschaffen hätten, eine neue technisch geschaffene Welt. Deswegen gibt es keine Panik, obwohl die Leute längst in Panik sein müssten.

Das allgemeine Gefühl, nicht zu genügen, in Konkurrenz zu stehen mit der Natur, das entsteht erst im Patriarchat, vorher war das nicht gedacht und existierte nicht als Problem. Der Widerspruch zwischen Realität und Wunsch, zwischen dem sich als Schöpfer-Setzen und Leben tatsächlich hervorbringen zu können, zwischen Herrschaftsanspruch und Legitimität treibt die Entwicklung bis zu den aktuellen Vorgängen in der Globalisierung. Es gibt ja heute noch matriachale Gesellschaften, in denen Männer diese Gefühle von Ungenügen oder Abhängigkeit, von Hass und Neid nicht kennen. Wissenschaft ist in diesem Zusammenhang daher die Bemühung, von der Natur unabhängig zu sein. Die Spitze dieser ganzen Entwicklung ist die Gentechnik, die zum Ziel hat, Leben – auch menschliches Leben – industriell herzustellen, außerhalb der Gebärmütter, unabhängig von Frauen, unabhängig von den Lebensprozessen selber. Der Mann als Schöpfer, endlich unabhängig von den Frauen, schafft das Leben nicht nur in der Behauptung, sondern heute auch in der Realität, bzw. er will es.

Am Ende Krieg

Das ist eigentlich auch das Ende dieses Prozesses, in dem alles Leben, alle Lebensprozesse, die Reproduktion der Lebewesen usw. in Waren verwandelt werden.

Hausarbeit, Reproduktionsarbeit wird so in eine unmittelbare Warenproduktion von Lebewesen, die sich vermarkten müssen oder deren Bestandteile vermarktet werden – wobei die geleistete Arbeit möglichst gar nicht bezahlt wird. Diese Frauen sind dann keine Lohnarbeiterinnen, sondern lohnlose Lebens- und Warenproduzentinnen. Das ist das Ideal, das die Hausfrau ja darstellt, und das wird immer weiter ausgedehnt auf immer größere gesellschaftliche Bereiche. Natürlich geht das nicht, man kann nicht auf Dauer Bedingungen schaffen, in denen die Menschen immer mehr Geld bräuchten, weil alles in Waren verwandelt und in Märkte einbezogen wird, und andererseits immer weniger für erbrachte Arbeit bezahlt wird.

Weltweit ist das die Misere, angesichts dieser wahnsinnigen Akkumulationsprozesse. Diese Logik der neoliberalen Politik kommt an einen Punkt, an dem die Entwicklung überdehnt wird, an dem das soziale Gefüge zusammenbricht. Das wissen auch die Betreiber. Bei den so genannten „Strukturanpassungs-Programmen“ des Internationalen Währungsfonds, die den Dritte-Welt-Ländern im Zusammenhang mit Krediten aufgezwungen werden, ist einkalkuliert, dass, wenn der öffentliche Sektor geplündert ist, wenn die Arbeitslosigkeit entsprechend hoch ist, keine sozialen Netze mehr funktionieren, dass es zu Aufständen kommt. Sie nennen das im Vorhinein „IWF-Aufstand“, hat Stiglitz einmal gesagt, der bei der Weltbank gearbeitet hat und dann weggegangen ist. Diese Politik führt – innerhalb ihrer Logik natürlich – zu einer enormen Militarisierung, im Inneren, wie nach außen: nach außen, um die Plünderung der Ressourcen durchzusetzen, aber auch um gegen Widerstand im Inneren vorgehen zu können.

Der Zusammenhang zum Krieg ist also ein doppelter – zum einen, weil Krieg selbst und der Wiederaufbau nach einem Krieg enorme Geschäfte bedeutet, zum anderen, weil mit Gewalt der Zugriff auf Ressourcen und das Brechen von Widerstand durchgesetzt wird.

Es gibt viele Alternativen

Die Frage, die generell steht, ist also: Wie kommen die Menschen an Produktionsmittel aller Art, um für ihr Leben selber zu sorgen und nicht abhängig zu sein vom Wahnsinn dieser Märkte? Wie kann das Militärpotenzial, das eine Katastrophe unglaublichen Ausmaßes ermöglicht – und über den Einsatz von Atomwaffen wird ja schon wieder gesprochen – entschärft werden? Wie kann der Kapitalismus überführt werden in eine Wirtschaft, die den Menschen ein Leben in Gleichheit und Freiheit ermöglicht? Welche Möglichkeiten gibt es, das eigene Leben in diese Richtung zu gestalten? Und dazu möchte ich Euch auf ein Buch aufmerksam machen, das zur Zeit nur in englisch zu haben ist, das aber auch in deutsch herauskommen soll: „There is an Alternative“, London, Zed Press, 2001 (ab 2003/4 bei Promedia, Wien).

Nonviolent Peaceforce – eine Idee, deren Zeit gekommen ist

Rachel Julian

Das Ziel der Nonviolent Peaceforce ist es, den Aufbau einer trainierten, internationalen zivilen Friedenstruppe zu fördern. Diese wird in Konfliktgebiete entsandt werden, um Tod und Zerstörung zu verhindern und Menschenrechte zu schützen, um so Raum für den gewaltfreien Kampf lokaler Gruppen zu schaffen, Dialog zu ermöglichen und nach friedlichen Lösungen zu suchen. Das 1999 von den „Peaceworkers USA“ begonnene visionäre Projekt einer breit angelegten, dauerhaften Friedenstruppe findet großen Anklang. FriedensnobelpreisträgerInnen unterstützen es ebenso wie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und ExpertInnen sowie Organisationen nahestehender Arbeitsbereiche.

Die Friedenstruppe wird Hunderte und irgendwann Tausende trainierte BeobachterInnen, KontrollorInnen und BegleiterInnen aus der ganzen Welt umfassen, die in Konfliktsituationen, in denen Friedens- und MenschenrechtsaktivistInnen Unterstützung suchen, als Augen, Ohren und Gewissen der internationalen Gemeinschaft agieren. Während der letzten zwei Jahre gaben die Nonviolent Peaceforce eine Machbarkeitsstudie über Theorie und Praxis gewaltfreier Interventionen in Auftrag, die nun eine solide Basis für den groß angelegten Aufbau gut organisierter und effektiver Friedensteams bildet.

Folgende Methoden werden voraussichtlich am Beginn benutzt werden:

- * Begleitschutz: In Konfliktzonen werden Mitglieder der Friedenstruppe gefährdete FührerInnen und VerhandlerInnen begleiten. Diese Methode wurde z. B. bereits erfolgreich in Guatemala angewandt, wo politische Morde die Friedensbemühungen zu zerstören drohten.

- * Internationale Präsenz: Mitglieder der Friedenstruppe werden eine internationale Präsenz in gefährdeten Dörfern, Grenzgebieten und Friedenszonen einrichten, um die Kämpfenden wissen zu lassen, dass Angriffe internationale Reaktionen hervorrufen würden.

- * Monitoring: Gewalt soll dadurch hintangehalten werden, dass sie politisch nicht akzeptiert wird.

Viele Organisationen sind bereits im Bereich der zivilen Intervention in verschiedenen Weltgegenden aktiv: Während der letzten Monate haben nicht weniger als 2.000 Menschen im Rahmen von Projekten italienischer, belgischer, britischer und amerikanischer Friedens- und Solidaritätsorganisationen eine internationale Präsenz im Westjordanland aufrecht erhalten. Ähnliche Projekte gibt es u.a. in Mexiko, Haiti, Guatemala und Indonesien. Doch das Angebot dieser kleinen Organisationen erfüllt nicht annähernd die Erfordernisse. Was jetzt benötigt wird, ist eine weit größere „Friedenskraft“, die diese wichtige Arbeit auf ein Niveau hebt, auf dem sie zu einer signifikanten Veränderung in der Welt beitragen kann.

Nonviolent Peaceforce bekommt eine Struktur als internationale NGO

Bei der Gründungsversammlung im November 2002 in New Delhi wurde beschlossen, dass ab Sommer 2003 mindestens 50 FriedensarbeiterInnen ins Pilotprojekt nach Sri Lanka entsandt werden. Das erste Projekt wird rund 3 Millionen USD kosten, das ist derselbe Betrag, der alle zwei Minuten weltweit für Waffen ausgegeben wird. In Brüssel wurde ein Büro eröffnet, um mit europäischen NGOs sowie Mitgliedsstaaten der

Europäischen Union zusammen zu arbeiten. Außerdem haben die Nonviolent Peaceforce MitarbeiterInnen in Indien, Ecuador, Deutschland und den USA. Ländergruppen gibt es in Kanada, Japan und Korea, weltweit bilden 60 Mitgliedsorganisationen das Rückgrat der Nonviolent Peaceforce.

Es ist tatsächlich möglich, die Nonviolent Peaceforce noch in unserer Generation aufzubauen. Viele Aspekte sprechen für uns: Die vielen erfahrenen TeilnehmerInnen gewaltfreier Bewegungen, die Verbesserung der gewaltfreien Strategien und der organisatorischen Möglichkeiten, die qualifizierten TrainerInnen, das Internet als organisatorisches Werkzeug, das Interesse der SponsorInnen und – am wichtigsten – die Nachfrage der Menschen nach Alternativen zu militärischen Interventionen.

Kontakt:

Nonviolent Peaceforce

Rue Van Elewyck 35

1050 Brüssel, Belgien

Europe@nonviolentpeaceforce.org

Tel: + 32 2 648 0076

www.nonviolentpeaceforce.org

4. Euromilitarismus – Euroarmee – Neutralität

Neutrale und Allianzfreie in der EU: Fossil oder Avantgarde?

Franz Leidenmühler, Linz

I.

Es gibt sie: dauernd Neutrale und allianzfreie Staaten als Mitglieder einer Europäischen Union, die eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und mittlerweile auch eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) betreibt.

Bis auf die Nichtmitgliedschaft in einem Pakt mit wechselseitiger Beistandspflicht (NATO bzw. WEU) haben diese Staaten (Irland, Finnland, Österreich und Schweden) aber ansonsten nicht all zu viel gemeinsam. Zum einen ist der jeweilige Status auf unterschiedliche Weise rechtlich verankert, zum anderen ist auch der politische Umgang damit ein unterschiedlicher. So bringt etwa Irland seine Neutralität in die EU ein und besteht ausdrücklich auf ihrer Achtung und Beibehaltung. Österreich – schon früher, verstärkt aber unter der ÖVP/FPÖ-Regierungskoalition ab dem Jahr 2000 – entfernt sich verschämt davon, ja spielte kurzfristig sogar eine (ergebnislose) Vorreiterrolle für eine europäische Bündnisverteidigung.

Ungeachtet der Geringschätzung durch die politische Führung, die das österreichische *Neutralitäts-BVG* in den letzten Jahren erfahren hat: es ist immer noch in Geltung. Und es ist damit immer noch ein verbindlicher rechtlicher Rahmen für die Ausrichtung der Sicherheitspolitik Österreichs. Anlässlich des EU-Beitritts bzw. mit dem Vertrag von Amsterdam vorgenommene Modifikationen (der viel zitierte Artikel 23 f B-VG) vermochten den Kern des Neutralitäts-BVG nicht zu ändern. Österreich ist rechtlich betrachtet nicht allianzfrei, wie dies etwa in der neuen Sicherheitsdoktrin der ÖVP/FPÖ-Regierungskoalition herausgearbeitet wurde. Und es besteht auch ein entscheidender Unterschied zwischen Allianzfreiheit und Neutralität: Während erstere die Beteiligung am Krieg von Fall zu Fall ermöglicht, schließt letztere diese, vom Selbstverteidigungsfall einmal abgesehen, vollkommen aus.

Wie vertragen sich nun die Entwicklungen auf EU-Ebene zu einer GSVP und der Status Österreichs als dauernd neutraler Staat? Dazu wird nach einer Darstellung des rechtlichen Gehalts der österreichischen Neutralität diese auf ihre Kompatibilität mit den Pflichten aus dem EU-Vertrag untersucht.

Das Ergebnis wird vielleicht weder die „Neutralitätsfresser“ – für die Österreich diesen Status gar nicht mehr einnimmt, und die selbst dieses Wort schon aus beinahe der gesamten Rechtsordnung eliminiert sehen wollen –, noch die „Neutralitätsromantiker“, die zuviel in das Institut der dauernden Neutralität hineinlegen – und darunter etwa auch die Pflicht zur Führung einer klugen Außenpolitik verstehen – richtig befriedigen.

II.

Die zentrale Verpflichtung aus dem Status der dauernden Neutralität ist die *Nichtbeteiligung am Krieg* – zwischen wem, wann und wo auch immer er stattfinden mag. Darüber hinaus dürfen die Kriegführenden nicht unterstützt werden, beispielsweise durch Zurverfügungstellung des eigenen Territoriums, etwa zum Überflug.

Seit den militärischen Zwangssanktionen gegen den Irak im zweiten Golfkrieg 1991 wird davon ausgegangen, dass es sich im Falle eines Tätigwerdens des – mit dem Ende des Kalten Krieges zumindest vorübergehend handlungsfähigen – UN-Sicherheitsrates nach Kap. VII UN-Charta nicht um einen neutralitätsrechtlichen Kriegszustand, sondern um „Polizeiaktionen“ der Staatengemeinschaft gegen einen Rechtsbrecher, einen „Outlaw“,

handelt. Mangels Vorliegen des Neutralitätsfalles werden demnach auch die Pflichten des Neutralen nicht aktiviert (sog. *differentielle Neutralität*).

Wie ist diese österreichische dauernde Neutralität nun in den Kontext der EU-Sicherheitspolitik einzuordnen? Nach einer Aussage des österreichischen Bundeskanzlers W. Schüssel „*kann man in der EU nicht mehr neutral sein, da man sich in ihr zur Solidarität verpflichtet habe*“ (2001).

III.

Die GASP hat eine Weiterentwicklung mit dem Vertrag von Amsterdam 1999 hin zur GSVP erfahren. Die EU präzisiert dabei in Artikel 17 EUV das sicherheitspolitische Aufgabenfeld, das sie künftig zu erfüllen gedenkt:

Humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen. Kurz, die EU will „*Krisenmanagement*“ betreiben, auch außerhalb des EU-Territoriums.

Zur Bereitstellung der dafür erforderlichen militärischen Kapazitäten war im Vertrag von Amsterdam noch exklusiv die Westeuropäische Union (WEU) vorgesehen. Entsprechend den Weichenstellungen des Europäischen Rates von Helsinki im Dezember 1999 sollen jedoch die für eine GSVP erforderlichen militärischen Kapazitäten („europäische schnelle Eingreiftruppe“) durch die EU selbst bis spätestens zum Jahr 2003 geschaffen werden („*Helsinki Headline Goal*“). Demnach sollen die Mitgliedstaaten spätestens im Jahr 2003 im Rahmen der freiwilligen Zusammenarbeit bei EU-geführten Operationen in der Lage sein, „*innerhalb von 60 Tagen Streitkräfte im Umfang von 50.000 bis 60.000 Personen, die imstande sind, den Petersberg-Aufgaben in ihrer ganzen Bandbreite gerecht zu werden, zu verlegen und dafür zu sorgen, dass diese Kräfte für mindestens ein Jahr im Einsatz gehalten werden können*“.

Die ursprünglich vorgesehene Integration der WEU wird damit obsolet. Während aber ein Beschluss zur Integration der WEU in einem durch den EUV vorgezeichneten Verfahren – neben seiner Fassung durch den Europäischen Rat ist auch seine Annahme durch die Mitgliedstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften vorgesehen – zu fassen gewesen wäre, wurden die Beschlüsse des Europäischen Rates von Helsinki, die anstelle der Verschmelzung mit der WEU die Schaffung eigener EU-Kapazitäten vorgesehen haben, diesem nicht unterzogen. Einer parlamentarischen Steuerung unterlag diese Entwicklung durch die Umgehung des im EUV vorgesehenen Verfahrens damit zu keiner Zeit. Dieserart hat die Entwicklung zur GSVP, die *Militarisierung der „2. Säule“*, ohne Befassung der nationalen Parlamente – im übrigen auch nicht des Europäischen Parlaments –, und damit ohne demokratische Grundlage stattgefunden.

Ein Militärbündnis wurde die EU damit jedoch nicht. Die GSVP versteht sich im Kern – und vorerst ausschließlich – als Instrument zur Bewältigung internationaler Krisen. Daher rückt der Begriff der *Krise*, als Anlassfall und Auslöser für die GSVP-Verfahren und -Operationen, in den Mittelpunkt des Interesses.

Da der Krisenfall im EU-Vertrag nicht definiert ist, ist das Vorliegen einer solchen und die adäquate Reaktion der EU darauf, das heißt, ob und wann es zu welcher Operation kommt, eine politische Entscheidung, die von Fall zu Fall zu treffen ist. Eine Krise liegt demgemäß dann vor, wenn sich die Mitgliedstaaten darauf einigen, dass eine Krise vorliegt.

Dementsprechend lassen sich auch die geographischen Grenzen für das Krisenmanagement im Rahmen der GSVP nicht näher abstecken. Dass die äußere Grenze eines möglichen Einsatzbereiches die Distanz von 4000 Kilometer (gemessen von Brüssel) nicht überschreiten soll bzw. kann, wie militärische Berater versichern, ist eher

eine Konsequenz der Begrenztheit der in absehbarer Zeit verfügbaren logistischen Möglichkeiten, denn echte Selbstbindung.

IV.

Ein Blick auf die rechtlichen Grundlagen führt also zum Ergebnis, dass der EU-Vertrag *Neutralität* durchaus *zulässt*.

-) Die EU ist kein Militärbündnis;

-) Die Erfüllung der Krisenmanagement-Aufgaben ist zum Großteil neutralitätsrechtlich unproblematisch (Rettungseinsätze, peace keeping usw.) bzw. kann bei Widersprüchen zu den Neutralitätspflichten (Kampfeinsätze zur Friedensschaffung ohne UNO-Mandat) aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips durch Gegenstimme oder durch eine so genannte „konstruktive Enthaltung („Macht mal, aber ohne mich“) die Neutralität gewahrt werden.

Eine ganz andere Frage aber ist, *ob Österreich diese Möglichkeit überhaupt wahrnehmen bzw. ausschöpfen will!* Die (im Herbst 2002 noch) amtierende ÖVP/FPÖ-Bundesregierung hat dazu keine Anstalten gemacht. Ganz im Gegenteil.

Doch auch unabhängig von der Entwicklung in Österreich wird auf die absehbare Zeit Neutralität im europäischen Verbund weiter eine Rolle spielen: *Irland* hat sich im Juni 2002 auf dem Europäischen Rat von Sevilla seine *militärische Neutralität garantieren lassen*.

Juristisch ist das nicht revolutionär, damit wurde nicht etwa eine Ausnahme für Irland eingeräumt. Die „Garantieerklärung“ ist nur ein Hinweis auf bestehende rechtliche Instrumente und Bestimmungen. Eigentlich wurde damit nur der Vertragsinhalt des EUV klargestellt: Nämlich die bis auf weiteres gegebene Vereinbarkeit von Neutralität und GASP bzw. GSVP.

Eine *neue österreichische Bundesregierung kann dies aufgreifen*, und versuchen, die Grundgedanken der österreichischen Neutralität in Europa einzubringen. Diese Grundprinzipien der Neutralität wären dabei nicht als Bremse, sondern vielmehr als Impuls für eine europäische Friedenspolitik zu sehen.

Die EU *insgesamt soll keine Kriege* beginnen und auch keine Kriegsabenteuer, die unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung geführt werden, unterstützen. Militärisches Krisenmanagement soll wenn überhaupt, nur aufgrund eines *UN-Mandats* betrieben werden (dies wird im übrigen nicht nur in den diversen Stellungnahmen Irlands, Schwedens und Finnlands vertreten, sondern ist auch ein zentraler Punkt in der Positionsbestimmung der deutschen Regierungskoalition 2002).

In einem solchen Europa, das mangels Bedrohung durch andere Staaten auch auf eine Beistandspflicht verzichten kann, ist dann jedenfalls weiterhin Platz für neutrale Staaten. Und dabei sollte diese defensive „Absicherung“ der dauernden Neutralität nur ein erster Schritt sein. Darauf aufbauend müssen offensive Initiativen hin zu einer proaktiven, auf Krisenprävention und die Mittel der zivilen Konfliktbearbeitung ausgerichteten, europäischen Friedenspolitik gesetzt werden.

12 Argumente für die Wahrung der immerwährenden Neutralität

Karl A. Kumpfmüller

1. **„Die Neutralität ist ein Stück der Identität Österreichs“** (Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer). Die immerwährende (dauernde) Neutralität Österreichs ist das am stärksten prägende Element nationaler Identität in der Zweiten Republik. Bei einer TAED-Umfrage der Linzer Kirchenzeitung im Jänner 2001 sprachen sich 92 % der Anrufer auf die Frage „Soll Österreich neutral bleiben?“ für die Beibehaltung der Neutralität aus. Auch in der Entspannungsphase nach dem Ende des so genannten Kalten Krieges ist die Beibehaltung der immerwährenden Neutralität für die österreichische Bevölkerung noch immer von großer Bedeutung, da sie sich, ähnlich wie in der Schweiz, im Prozess eines sich immer stärker integrierenden Europas als wichtiges nationales Identitäts- und Differenzierungsmerkmal eines Kleinstaates erweist, im Falle dieser beiden Länder gerade auch in positiver Differenz gegenüber dem größten Staat innerhalb der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland.
2. **Die der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber erklärte immerwährende (=dauernde) Neutralität stellt eine besondere Qualifizierung des völkerrechtlichen und außenpolitischen Status Österreichs dar.** Sie signalisiert allen Staaten, dass der neutrale Status Österreichs von Dauer, d. h. für die internationale Staatengemeinschaft berechenbar ist und diese darauf vertrauen kann, dass dieser Status sich nicht nach jeweiligen Opportunitätsüberlegungen kurzfristig ändert. Diese langfristige Berechenbarkeit stellt einen gegenseitigen Vertrauensschutz dar. Österreich als immerwährend neutraler Staat garantiert, „in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beizutreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zuzulassen“ und sich auch nicht an Militäreinsätzen außerhalb seines Territoriums zu beteiligen (ausgenommen im Rahmen von UNO- und OSZE-Mandaten).
3. **Immerwährende Neutralität und EU-Mitgliedschaft schließen sich nicht aus.** Die immerwährende Neutralität ist sicherheitspolitisch ein rein defensives Konzept, d. h. von einem Neutralen geht keine Bedrohung aus. Im europäischen Integrationsprozess stellt die Beschränkung auf ausschließlich defensive Aufgaben – im starken Kontrast zu den Hauptkontrahenten der so genannten Ost-West-Konfrontation – einen Sonderfall dar. So konnten die neutralen und bündnisfreien Staaten Europas diese Sonderstellung auf dem Höhepunkt des Ost-West-Konfliktes dazu nützen, im so genannten KSZE-Prozess entscheidend zur Vermittlung zwischen den großen Militärblöcken beizutragen. Auch im Folgeprojekt, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) kommt diesen Staaten weiterhin eine bedeutende Rolle in vielen internationalen Konfliktfällen, vor allem im Bereich von Schlichtung und Verhinderung zu. Diese historische Erfahrung und die gegenwärtige Bedeutung dieser Rolle (Wien wurde bewusst von der internationalen Staatengemeinschaft zu einem Hauptsitz der UNO und der OSZE auserwählt) stellen nachdrücklich unter Beweis, dass die außenpolitische Rolle eines immerwährenden Neutralen nicht passiv (Vorwurf: „in der Neutralität verhungern“), sondern im Gegenteil als die internationalen Beziehungen aktiv mitgestaltend gesehen werden muss, ja, eine dynamisch verstandene Neutralitätspolitik ist einer aktiven Friedenspolitik geradezu verpflichtet. So verstanden kann die Beibehaltung der Neutralität nicht a priori im Widerspruch zu den Plänen einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bzw. einer

European Security and Defense Policy (ESDP) stehen. Sie stellt vielmehr ein bereicherndes Element und zusätzliches Instrumentarium in einer sich erweiternden EU dar, „die nicht ein Staat ist, aber mehr als eine Gruppe von separaten Staaten“ (wie es der französische Verteidigungsminister Alain Richard erst kürzlich ausdrückte). Kein EU-Gremium hat weder zum Zeitpunkt des Beitritts noch bisher die Unvereinbarkeit von Neutralität und Bündnisfreiheit mit einer EU-Mitgliedschaft und der Ausformung einer Gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik behauptet. Zur Zeit gehören fünf (Dänemark, Finnland, Irland, Österreich, Schweden) von fünfzehn EU-Mitgliedsländern der Westeuropäischen Union (WEU) nicht an. Finnland und Schweden haben erst kürzlich deutlich gemacht, dass sie ihre Politik der Bündnisfreiheit nicht aufgeben werden, damit sie „im Falle eines Krieges neutral bleiben können“ (Ministerpräsident Göran Persson). Neutralität und Bündnisfreiheit widersprechen daher auch keiner einzigen EU-Vertragsbestimmung. Der außenpolitische Repräsentant der EU, Javier Solana, hat bei seinem Österreichbesuch im Jänner 2001 unmissverständlich festgestellt, dass Österreich weiterhin über die Beibehaltung seiner immerwährenden Neutralität ausschließlich selbst entscheidet, es also aus Sicht der EU keinen Widerspruch zur Ausformung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gibt, wenn Österreich seine Neutralität beibehält. Auch der russische Staatspräsident Wladimir Putin gesteht Österreich dieses Recht zu, wobei er gleichzeitig großen Wert auf die Beibehaltung der Neutralität legt.

4. **Militärische Bündnisfreiheit und Neutralität verlangen nach dem Ausbau internationaler Konfliktregelung und ziviler Friedensarbeit.** Da es in der Natur der Sache von Neutralität liegt, nicht einmal eine Annäherung an militärische Bündnisse zum Zwecke eines späteren Beitritts zu betreiben, muss es ureigenstes Interesse der Neutralen sein, die vom Völkerrecht entwickelten Mechanismen internationaler Konfliktregelung stärker zu nützen und auszubauen. Das bedeutet für Neutrale und Bündnisfreie ein hohes Engagement für die Stärkung internationaler Organisationen, vor allem im Bereich der Konfliktprävention und der humanitären Aufgaben vor, in und nach kriegerischen Konflikten. Aktive Neutralitätspolitik ist der Förderung und dem Ausbau der UNO und der OSZE verpflichtet, ebenso wie der Unterstützung der zahlreichen nationalen und internationalen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), die in Gestalt von Friedensdiensten, Versöhnungsinitiativen, zivilem Konfliktmanagement, bilateraler und internationaler Entwicklungszusammenarbeit etc. auf diesem Gebiet professionelle Friedensarbeit leisten. Dieses außenpolitische Engagement erfordert auch die Bereitstellung höherer finanzieller Mittel für die Reform und den Ausbau dieser Organisationen. Dadurch könnte sich Österreich zu einer „humanitären Großmacht“ entwickeln und damit glaubhaft dem Vorwurf entkräften, nicht genügend zum sicherheitspolitischen „burden sharing“ und zur europäischen Solidargemeinschaft (so genanntes Trittbrettfahrer-Argument – siehe auch Punkt 11) beizutreten.
5. **Neutralität eignet sich besonders für so genannte Vermittler-Dienste.** In allen nationalen und internationalen Konflikten kommt neutralen Staaten bzw. Personen und Organisationen aus neutralen Staaten und Institutionen im Rahmen von Friedensgesprächen und Initiativen für vertrauensbildende Maßnahmen, für Führungsaufgaben in internationalen Organisationen, bei internationalen Gerichten, im Bereich internationaler Schiedsgerichtsbarkeit, bei der Ausarbeitung und Kontrolle von Abkommen, für Initiativen im Bereich des Gefangenen-Austausches etc. große Bedeutung zu. Durch dieses Engagement als Vermittler sichert sich der Neutrale ein hohes Maß an internationaler Anerkennung. Er trägt damit maßgeblich zu

internationaler Entspannung und Demilitarisierung bei und erhöht somit seine eigene Sicherheit mehr als durch militärische Anstrengungen (siehe auch den so genannten Brunner-Bericht des eidgenössischen Militärdepartements).

6. **Ideologische Positionen und Konflikte bestimmen das zukünftige Profil einer Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik.** Für die Ausformung und Profilierung einer so genannten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) im allgemeinen und einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESDP) im besonderen ist die Gestaltung der zukünftigen transatlantischen Beziehungen von entscheidender Bedeutung. Während rechte und konservative Kräfte in vielen Staaten Europas auf eine enge Kooperation mit den USA im Rahmen der NATO unter der weiterhin unbestrittenen Führung der USA setzen (siehe z. B.: „Die USA und Europa am Beginn einer neuen Präsidentschaft. Memorandum zur Zukunft der transatlantischen Beziehungen“ der Konrad-Adenauer-Stiftung), vertreten liberale, sozialdemokratische und grün-alternative Parteien viel stärker das Postulat einer europäischen Emanzipation, das heißt des Heraustretens aus US-amerikanischer Bevormundung. Das bedeutet eine verstärkte Entwicklung der EU zu einem zumindest ebenbürtigen Partner innerhalb des transatlantischen Bündnisses bis hin zu einer sicherheitspolitischen Autonomie Europas. Mit einer solchen Zielsetzung sind eine Stärkung und der Ausbau internationaler Organisationen auf europäischer und internationaler Ebene und die Einbindung von zivilen Initiativen und Organisationen (Stichwort: Demokratie von unten) verbunden, Anliegen, die bereits jetzt ein vitales Interesse der neutralen und bündnisfreien Staaten Europas darstellen. In einem solchen Konzept haben diese Staaten weiterhin ihren Platz, sie gewinnen sogar an Bedeutung.
7. **Neutralität und Bündnisfreiheit haben Modellcharakter für osteuropäische Staaten.** Gerade für die jungen Demokratien in Ost- und Südosteuropa stellt das völkerrechtliche Institut der Neutralität und Bündnisfreiheit nicht nur ein nachahmenswertes Modell, sondern auch eine echte Alternative zu einer NATO-Option (Stichwort: NATO-Osterweiterung) dar. Dieses unterstützt in wesentlich höherem Maße die Fortsetzung der nach Beendigung des Kalten Krieges eingetretenen Phase einer Entspannung in den Ost-West-Beziehungen, da die gerade von konservativen Kräften massiv propagierte Politik der NATO-Osterweiterung bis unmittelbar an die Grenzen der Russischen Föderation auf eine neue Konfrontation zusteuert. Zudem entspricht das Modell der Bündnisfreiheit bzw. Neutralität in weitaus höherem Maß den ökonomischen Strukturen dieser Länder. So konnte sich auch das Nachkriegs-Österreich u. a. aufgrund seiner stets niedrigen Militärausgaben von einem der ärmsten zu einem der prosperierendsten Länder Europas entwickeln.
8. **Neutralität und Bündnisfreiheit sind eine echte Alternative zu neuem Wettrüsten.** Der Fortbestand und die Erweiterung der Gruppe der bündnisfreien und neutralen Staaten innerhalb der EU – man denke dabei neben osteuropäischen Staaten auch an die nach einem Beitritt in jedem Fall neutral bleibende Schweiz – ist ein vertrauensbildender Gegenentwurf zu einem hochgerüsteten homogenen europäischen Militärbündnis, das nach der NATO-neu-Konzeption als deutlich verstärkter europäischer Flügel der nordatlantischen Allianz vorgesehen ist. Eine so starke geschlossene europäisch-amerikanische Offensivstreitmacht mit ihren nunmehr explizit eingeplanten Out of Area-Einsätzen auch ohne UN-Mandat und seinen Rapid Deployment Forces in Kombination mit einer neuen Strategischen Verteidigungsinitiative der USA (sog. NMD – National Missile Defense) impliziert nicht

nur ein permanentes Bedrohungsszenario gegenüber Russland, China, den Ländern des Mittelmeerraums, des Nahen Ostens und der so genannten Dritten Welt, sondern forciert zwangsläufig neue Formen des Wettrüstens. Sie erhöht auch die Gefahr des politischen Terrorismus als Gegenreaktion und führt über kurz oder lang zu neuen Kriegen.

9. **Österreich muss sich an keinen Kriegen beteiligen.** Für den Fall, dass Österreich seine Neutralität preisgibt, müsste es sich aktiv innerhalb eines europäischen oder europäisch-amerikanischen Militärbündnisses an internationalen Kampfeinsätzen auch ohne UN- bzw. OSZE-Mandat beteiligen. Österreicher würden nach über 50 Jahren Friedenszeit wieder als Soldaten in Kriege ziehen, als Feinde betrachtet und behandelt werden, mit all den negativen Folgen auch für die österreichische Zivilbevölkerung (massive Einschränkungen der Handels- und Reisefreiheit, Gefahr von Geiselnahmen, schwere wirtschaftliche und soziale Folgen etc.).
10. **Österreich ist auch ohne NATO sicher.** Ganz abgesehen davon, dass bei der derzeitigen Zusammensetzung der österreichischen Bundesregierung ein NATO-Beitrittswunsch von den USA und anderen Staaten abgelehnt wird, ist die Sicherheit Österreichs auch ohne Integration in ein Militärbündnis ausreichend gewährleistet. Sie ist im Gegenteil sogar höher, weil Österreich sich nicht an „Out of Area“-Einsätzen beteiligen müsste. Jeder Staat innerhalb der EU, unabhängig davon, ob er Mitglied in einem Militärbündnis ist oder nicht, genießt bereits heute den größtmöglichen Schutz und ein Maximum an Sicherheit bei gleichzeitiger Abwesenheit von jedweder militärischen Bedrohung. Das neutrale Österreich ist von keinem Land der Welt bedroht, und es ist auch in ferner Zukunft nicht vorstellbar, dass von einem seiner Nachbarstaaten eine Bedrohung ausgeht. Der europäische Integrationsprozess wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten soweit fortgeschritten sein, dass innerhalb Europas zwischen den Mitgliedsländern keinerlei Bedrohungspotenzial mehr auszumachen sein wird. In dieser sicherheitspolitischen Nische kann Österreich während dieses Einigungsprozesses gerade seine neutrale Position nützen, um dazu beizutragen, dass militärische Konfliktaustragung europa- und weltweit immer mehr durch zivile Formen der Konfliktlösung ersetzt wird.
11. **Der Vorwurf des Trittbrettfahrens, d. h. des mangelnden Beitrags zur kollektiven europäischen Sicherheit ist doppelt unsinnig, weil in sich widersprüchlich:**
 - a) Es wird vor allem von führenden Politikern der derzeitigen Regierung behauptet, ein Beitritt zu einem Militärbündnis verursache weniger Kosten als die Beibehaltung der Neutralität. Dieses Argument, offensichtlich als Lockmittel für einen Beitritt zur NATO gedacht, ist irreführend, da davon auszugehen ist, dass bei einer NATO-Mitgliedschaft volles „burden sharing“ angesagt ist. Nach dem jüngsten Aufrüstungsbeschluss der US-Regierung und dem damit verbundenen Druck auf die europäischen Partner, einen größeren Anteil an den gemeinsamen Aufgaben zu übernehmen und die Militärausgaben weiter zu erhöhen, würde das für das neue NATO-Mitglied Österreich nur eine dramatische Erhöhung, zumindest aber eine Verdoppelung der bisherigen Militärausgaben bedeuten. Alles andere wäre dann nicht nur unfair, sondern würde den Vorwurf des Trittbrettfahrens in umgekehrter Hinsicht rechtfertigen.
 - b) Wenn sich neutrale und bündnisfreie Staaten innerhalb der EU in der Tat indirekt im Schutzschild militärisch potenter Nachbarstaaten befinden, kann dem Vorwurf eines mangelnden „burden sharing“ bzw. eines fehlenden Solidaritätsbewusstseins dadurch glaubhaft entgegengewirkt werden, indem sich diese Staaten gerade im Bereich von humanitären Missionen und Friedensinitiativen besonders auszeichnen und ihr

finanzielles Manko dadurch mehr als ausgleichen. Langfristig können sie dadurch einen wichtigeren Beitrag zur Stabilität und Frieden in Europa leisten als durch militärisches Engagement.

12. **Langfristiges Ziel jeder Neutralitätspolitik muss der Ausstieg aus der Militärlogik sein.** Da von Neutralen keinerlei Bedrohung ausgeht, besteht auch bei ihnen die geringste Gefahr, selbst bedroht zu werden. Da dies im Falle immerwährender Neutralität der internationalen Staatengemeinschaft über lange Zeiträume glaubwürdig vermittelt werden kann, ist damit auf lange Sicht sogar ein entscheidender Ausstieg aus der jahrhundertlang vorherrschenden Militärlogik von Bedrohung und Abschreckung, von Aufrüstung und Krieg, die gerade in Europa immer wieder zu verheerenden Katastrophen geführt haben, möglich und unbedingt anzustreben.

Neutralität in der Europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik

Iustitia et Pax

Vorbemerkung

Neutralität als Freiheitssymbol

Die Neutralität Österreichs wurde am 26. Oktober 1955 vom österreichischen Nationalrat beschlossen. „Aus freien Stücken“ und „immerwährend“ heißt es im bis heute gültigen Neutralitätsgesetz. Die besondere historische Konstellation, die volle Souveränität unseres Landes und das Bemühen, zwischen den Macht- und Militärblöcken Europas eine vermittelnde und friedensstiftende Rolle ausüben zu wollen, waren Grundlage für diese staatspolitische und nachhaltige Entscheidung Österreichs. Österreich war damit nicht nur frei von militärischer Besatzung, frei von militärischen Verpflichtungen, sondern auch frei für ein politisches Wirken zu mehr Gerechtigkeit und Frieden in der Welt.

Neutralität in der Europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung

Seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Beitritt Österreichs zur EU reißt die Debatte über Sinn und Zweck der österreichischen Neutralität nicht mehr ab. Was in den Jahren nach 1955 in Österreich sehr bald als Selbstverständlichkeit galt, ist Gegenstand einer sehr kontroversiellen Debatte geworden. Von der Verteidigung der bisherigen österreichischen Neutralität ohne jeden Abstrich bis hin zur Abschaffung der Neutralität reichen die zahlreichen sehr unterschiedlichen Positionen, die zur Zeit öffentlich geäußert werden. Es bedarf sowohl einer Versachlichung dieser Diskussion als auch einer gewissen Einigung bezüglich der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Lage und Interessen Österreichs, um ein allgemein akzeptables sicherheitspolitisches Konzept für die Zukunft entwickeln zu können.

Sinn und Zweck der österreichischen Neutralität

Die Aktualität und gegenwärtige Bedeutung der österreichischen Neutralität

Das Verfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität Österreichs im Jahre 1955 wurde aus „freien Stücken“ beschlossen. Es war weder von den Alliierten direkt aufgezwungen noch eine Entscheidung, die unabhängig von der damaligen konkreten geopolitischen Lage Österreichs getroffen wurde. Österreich entschied sich für den Status der immerwährenden Neutralität, um seine Unabhängigkeit wiederzugewinnen und zwischen den (militär-) politischen Blocksystemen des Kalten Krieges für sich eine relativ eigenständige politische Existenz zu ermöglichen. Als freiwillige Entscheidung, die auch völkerrechtlich von den meisten Staaten anerkannt wurde, ist heute die österreichische Neutralität nach wie vor aufrecht und daher bedeutsam. Das betrifft zumindest den völkerrechtlichen Kern der Neutralität – das Neutralitätsrecht –, wonach sich Österreich an keinen Kriegen anderer Staaten beteiligen, keinem Militärbündnis beitreten und keine fremde Truppenstationierung auf heimischem Territorium erlauben wird.

Gleichzeitig muss aber auch gesehen werden, dass die österreichische Neutralität Produkt einer ganz bestimmten historischen Konstellation war. Es gab eine enge Verbindung zwischen dem Kalten Krieg und der österreichischen Neutralität. Diese weniger klar definierte, mehr mit den historischen Veränderungen verbundene Dimension der Neutralität kann sowohl aufgrund des Endes des Kalten Krieges als auch nach dem Beitritt zur EU nicht einfach unverändert fortgeschrieben werden. Österreich muss zumindest seine Neutralitätspolitik neu überdenken und weiterentwickeln. Es bedarf dazu eines neuen außenpolitischen Konsenses in Österreich, den es jetzt zu erarbeiten gilt.

Die Tatsache, dass gegenwärtig kein unmittelbarer Anlass für Österreich besteht, den rechtlichen Status der Neutralität aufzugeben, heißt nicht, dass dies auch in Zukunft so bleiben muss. Die Neutralität ist kein Selbstzweck, sondern ein sicherheitspolitisches Instrument. Solange es die Möglichkeit von Kriegen gibt, ist auch der völkerrechtliche Status der Neutralität sinnvoll. Werden zwischenstaatliche Kriege hingegen unmöglich, und Gewaltmaßnahmen nur noch als Polizeioperationen im Sinne einer neuen Weltinnenpolitik denkbar, so erübrigt sich auch der Status der Neutralität. Es hängt hier von den konkreten zukünftigen Entwicklungen in Europa und der Welt insgesamt ab, welche Bedeutung die österreichische Neutralität in Zukunft haben wird.

Neutralität im katholischen Sozialdenken

Unabhängig von den zu erwartenden konkreten Entwicklungen steht für Christen aber zuerst die Frage nach dem anzustrebenden normativen Ziel im Zentrum aller sicherheitspolitischen Überlegungen. Sehr umfassend formuliert besteht heute dieses Ziel in der Verwirklichung von Gerechtigkeit, Frieden und der Bewahrung der Schöpfung. Eingeschränkt auf die Frage des Friedens geht es um die vorrangige Option für die Gewaltfreiheit und den Aufbau einer internationalen Friedensordnung. Hinsichtlich des konkreten Weges und der geeigneten Mittel zur Erreichung dieses Zieles gibt es allerdings gemäß dem II. Vatikanischen Konzil keine eindeutige kirchlich autorisierte Position (Gaudium et Spes Nr. 43). Aus der Sicht des traditionellen, eher naturrechtlich ausgerichteten Ansatzes innerhalb des katholischen Sozialdenkens wird als wesentliches Instrument der Friedenssicherung die Einsetzung einer „universalen politischen Macht“ (Pacem in terris Nr. 137) bzw. einer „von allen anerkannten öffentlichen Weltautorität“ (Gaudium et spes Nr. 82) gefordert. Systeme kollektiver Sicherheit stellen dabei einen ersten wichtigen Schritt in die hier normativ vorgegebene Richtung dar. Gemäß der Idee der „Kollektiven Sicherheit“ verpflichten sich die Staaten, ihre Kräfte vereint gegen jeden Aggressor einzusetzen (selbst wenn man bisher mit ihm befreundet war) – und die Aussicht auf die überwältigende Strafgewalt aller übrigen soll potentielle Angreifer von vornherein entmutigen. In der Konsequenz ist dann militärische Gewaltanwendung nur noch (a) als rechtswidrige Aggression und (b) als im Namen und im Dienste des Rechts stehende Wiedergutmachungs- oder Strafaktion vorgesehen; diese ist dann eine Art Polizeioperation.

Der Aufbau von regionalen und globalen Systemen kollektiver Sicherheit erweist sich aus der Sicht dieses Ansatzes des katholischen Sozialdenkens als dringende Notwendigkeit. Die Teilnahme an einem System kollektiver Sicherheit kann nicht dem Belieben einzelner Staaten überlassen bleiben, sondern stellt eine sittliche Verpflichtung der Solidarität dar. Diese Option des katholischen Sozialdenkens für Systeme kollektiver Sicherheit spricht der Neutralität nur noch in ganz genau umschriebenen Ausnahmefällen ethische Legitimität zu. Wo immer es möglich ist, ist kollektive Sicherheit – und das letztlich im weltweiten Sinne – vorzuziehen.

Ethische Ansätze innerhalb des katholischen Sozialdenkens, die sich direkter und stärker dem biblischen Impuls der Gewaltfreiheit verpflichtet wissen, scheinen dagegen eher in Richtung einer prinzipiellen ethischen Rechtfertigung der Neutralität zu tendieren. Ein direktes Kurzschließen der Option für die Gewaltfreiheit mit der völkerrechtlichen Neutralität würde allerdings die prinzipielle Spannung verkennen, die zwischen dem biblischen Gewaltfreiheitsimpuls und allen konkreten politischen Konzepten besteht. Die Aufforderung zur Gewaltfreiheit ist zuerst ein Aufruf an die Kirchen selbst und bedeutet im Bereich der Politik einen kritischen Maßstab, an dem sich alle konkreten politischen Konzepte immer wieder ausrichten müssen. Die klassische völkerrechtliche Neutralität

steht schon aufgrund ihrer Verwurzelung in jenem neuzeitlichen Weltbild, das den einzelnen Nationalstaaten das souveräne Recht zur Kriegsführung zusprach, in einem Spannungsverhältnis zur biblischen Gewaltfreiheit. Aus der Sicht der Aufforderung zur Gewaltfreiheit bedarf es nicht nur des Status der Neutralität, der die Beteiligung eines neutralen Staates an Kriegen anderer Staaten ausschließt, sondern es muss das ganze System des Krieges in Frage gestellt werden.

Die Zukunft der österreichischen Neutralität

Die ethische Legitimität der österreichischen Neutralität während des Kalten Krieges war aus dieser Sicht aufgrund ihres Beitrages zur Entspannung zwischen Ost und West gegeben. Diese Legitimation fällt heute weg und muss – will man den Status der Neutralität aufrecht erhalten – ersetzt werden. Ausgehend von den normativen Überlegungen im katholischen Sozialdenken lassen sich entsprechend den konkreten sicherheitspolitischen Entwicklungen in Europa sehr unterschiedliche Konsequenzen für die österreichische Neutralität folgern. Als mögliche Grenzfälle scheinen dabei zwei Möglichkeiten besonders erwähnenswert zu sein.

Mit dem Ende des Kalten Krieges haben wieder jene sicherheitspolitischen Konzepte politische Bedeutung erlangt, die grundsätzlich den Krieg als völkerrechtliches Konfliktlösungsinstrument verbieten und mit der Errichtung eines Systems kollektiver Sicherheit gekoppelt sind. Die Errichtung der UNO nach dem II. Weltkrieg war diesem Verbot des Krieges und dem Konzept der kollektiven Sicherheit eindeutig verpflichtet. Da der Kalte Krieg aber zur Lähmung der UNO führte, konnte das Konzept der kollektiven Sicherheit nicht in die politische Realität umgesetzt werden.

Die Neutralität, die eigentlich in diesem Konzept keinen Platz besaß, wurde dadurch in einem System zwischenstaatlicher Gewaltanwendung wieder zu einer sinnvollen Option. Das Ende des Kalten Krieges hat die Möglichkeit der Errichtung globaler und regionaler Systeme der kollektiven Sicherheit erneut eröffnet. Erste zaghafte – allerdings durchaus diskussionsbedürftige – Schritte in diese Richtung waren sowohl im zweiten Golfkrieg von 1991 als auch am Beispiel der IFOR-Operationen zur militärischen Eindämmung des Krieges in Bosnien-Herzegowina zu erkennen. Österreich hat seine Neutralitätspolitik diesen neuen Umständen bereits angepasst. So akzeptiert Österreich im Gegensatz zu seiner früheren Auffassung, wonach Neutralitätserfordernisse Vorrang gegenüber UNO-Beschlüssen haben könnten, beispielsweise seit 1990/91 den Artikel 103 der UN-Satzung, der jedes UN-Mitglied dazu verpflichtet, den Mitgliedschaftspflichten gegenüber anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen den Vorrang einzuräumen.

Nicht völlig ausgeschlossen ist in Europa allerdings als entgegengesetzter Grenzfall auch die zukünftige Möglichkeit einer Re-Nationalisierung der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in Verbindung mit einer erhöhten Bereitschaft zur militärischen Gewaltanwendung durch Einzelstaaten oder Staatengruppen. Im Falle einer solchen Entwicklung würde der Status der Neutralität wieder an Bedeutung gewinnen. Österreich wäre in diesem Falle gut beraten, seine Neutralität aufrecht zu erhalten und seine Neutralitätspolitik der politischen Lage entsprechend weiterzuentwickeln.

Die Sicherheitslage in Westeuropa

Militärische Bedrohung und Verteidigung

Im Europa von heute hat sich die militärische Bedrohung, zumindest für die westlichen und neutralen Staaten, drastisch vermindert. Dieser Ansicht sind die führenden europäischen Politiker (Rühe: „wir sind von Freunden umzingelt“) und Militärs. Der

Hinweis auf bewaffnete bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen in anderen europäischen Ländern relativiert diese Ansicht nicht und legitimiert nicht die Forderungen nach weitreichenden Aufrüstungsschritten. Das Argument, gerade jetzt angesichts dieser verminderten Bedrohung die Neutralität deswegen aufzugeben, weil Bevölkerung und territoriale Integrität alleine nicht mehr zu sichern wären, kann nicht überzeugen. Auch in den westeuropäischen Staaten besteht Konsens darüber, dass mit dem „Verlust des Feindes“ die (Haupt-)Funktion der Bündnisse als Institutionen kollektiver Selbstverteidigung weitgehend entfallen ist. Vor diesem Hintergrund kann die Diskussion über (automatische) Beistandsverpflichtungen der verschiedenen Bündnisse und die Frage, „ob sie uns im Ernstfall verteidigen“, für Österreich und die anderen Neutralen nicht für die Entscheidung ausschlaggebend sein, einem Militärbündnis beizutreten.

Sicherheit und erweiterter Sicherheitsbegriff

Die Auffassung, Bedrohung erfolge vor allem durch militärisches Potenzial, und deren Abwehr sei vornehmlich ein militärisches Problem, hat sich mit dem Ende des Ost-West-Konflikts gewandelt. Der militärisch dominierte Sicherheitsbegriff tritt in den Hintergrund. Immer deutlicher wird von „Risikovorsorge“ gesprochen; die Probleme der wirtschaftlichen Sicherheit, ökologischen Sicherheit und Ressourcen-Sicherheit bestimmen die Diskussion (z. B. Migration, Klimakatastrophen, Energieknappheit, internationaler Terrorismus). Eine Sicherheitspolitik gegenüber tendenziell globalen Bedrohungen kann kaum national konzipiert werden. Die Mitarbeit bei einer Gemeinsamen (Außen- und) Sicherheitspolitik erscheint auch für ein neutrales Land wie Österreich vernünftig und notwendig.

Ein weiterer globaler Aspekt kommt hinzu. Nach dem Ost-West-Konflikt ist das Bewusstsein dafür, dass es eine Aufgabe der internationalen Staatengemeinschaft sei, mörderische Kriege und massive Menschenrechtsverletzungen überall auf der Welt zu verhindern/beenden, gestiegen. Auch die politischen Möglichkeiten der Einflussnahme sind verbessert. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts hat sich der Handlungsspielraum der UNO erheblich erweitert. Nicht immer kooperieren die Staaten, sie definieren ihre eigenen Sicherheitsinteressen anders, beklagen institutionelle Mängel, für deren Behebung sie selbst zuständig wären. Doch trotz aller Kritik entsteht heute oftmals ein erheblicher moralischer Druck auf die Nationalstaaten, friedenspolitische Maßnahmen im Auftrag der UNO zu unterstützen. Einer solchen Verantwortung kann und darf sich ein Staat, etwa mit dem Hinweis auf seine Neutralität, nicht entziehen, und die veränderte politische Praxis in Österreich trägt dem Rechnung (s.o.). Diese veränderte sicherheits- und weltpolitische Lage spiegelt sich in der Politik der militärischen Bündnisse wider. Mit dem Wegfall der Bedrohung ist die ursprüngliche Legitimationsgrundlage der Bündnisse weitgehend in den Hintergrund getreten. Daraus resultiert der Zwang, die Existenz durch neue, von der Öffentlichkeit akzeptierte Aufgaben zu rechtfertigen. Die gegenwärtig favorisierte Politik ist der Verweis auf die Notwendigkeit, militärische Kontingente für Friedensschaffung und Friedenserhaltung im Rahmen von UNO-Aktivitäten bereitzuhalten. Die derzeit zu beobachtende Entwicklung neuer militärischer Fähigkeiten und die Umrüstungsmaßnahmen orientieren sich an den Forderungen schneller, beweglicher, weltweiter Militäreinsätze zur „Krisenbewältigung“.

Daneben wird mehr oder weniger deutlich auch der Anspruch formuliert, die militärischen Bündnisse, bzw. fallweise die Nutzung der Bündnis-Infrastruktur durch eine Gruppe von Mitgliedsländern, für die Wahrung weltweiter Sicherheitsinteressen einzusetzen, wobei nicht immer klar zu sein scheint, ob es sich um Eigeninteressen oder um den Anspruch der Wahrung des weltweiten Friedens handelt. NATO und WEU versuchen, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, ihren geographisch begrenzten

Zuständigkeitsbereich im Falle von Sicherheitsbedrohungen verlassen zu können (out of area).

Aufgaben der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) der EU

Mit dem Ende der Bipolarität und der „Neuen Unübersichtlichkeit“ in den internationalen Beziehungen ergeben sich eine Fülle von Problemen und Bedrohungen in den internationalen Beziehungen teils neu, teils richtet sich erst jetzt die Aufmerksamkeit auf diese Bereiche. Diese Probleme schaffen jedoch im Gegensatz zur östlichen Bedrohung keine Einheit. Vielmehr sind die westeuropäischen Länder in ihren ökonomischen und politischen Beziehungen (Ressourcenabhängigkeit, Außenhandel, völkerrechtliche Verträge...), aber auch aufgrund von unterschiedlichen historischen Erfahrungen (Kolonialzeit, Weltkriege...), einem unterschiedlichen Selbstverständnis und Statusunterschieden in der Weltpolitik (Nuklearmacht) von unterschiedlichen Krisen ganz unterschiedlich betroffen, fühlen sich auch unterschiedlich betroffen und behalten sich immer noch das Recht vor, unterschiedlich zu reagieren. Versuche, eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) in der EU effektiv zu installieren, und damit an der Substanz nationalstaatlichen Souveränitätsdenkens zu rütteln, sind daher auch nach Maastricht über Ansätze bisher nicht hinausgekommen.

Die Lösung dieses Problems jedoch – welches sind die wirklich gemeinsamen Interessen, welche unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Interessendivergenzen gibt es in den einzelnen Mitgliedsländern, wie verbindlich sind Stellungnahmen und Entscheidungen – erscheint auch deshalb wichtig, weil es den Primat der Politik im Verhältnis zum militärischen Bereich zu wahren gilt. Wenn also die öffentliche politische Diskussion und die mediale Darstellung, insbesondere auch in Österreich, sich eher der Frage nach der Effektivität von NATO und WEU und dem Mitgliederstatus in den Bündnisorganisationen widmet, d. h. sich auf die militärische Sicherheitspolitik und die militärischen Bündnisse konzentriert, verkennt sie die Situation. Sie richtet sich auf das Instrument der Politik und nicht auf den politischen Willen, dem das Instrument dienen soll. Wenn es richtig ist, dass die Staaten Westeuropas in Zukunft vor außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen stehen, die alle gleichermaßen betreffen, so ist eine gemeinsame Politik erforderlich, nicht eine Summe europäischer Sicherheitspolitiken. Die Harmonisierung dieser Einzelpolitiken, eine einheitliche europäische Außenpolitik und Risikoanalyse, die Herausbildung einer Identität sicherheitspolitischer Interessen muss der Weiterentwicklung militärischer Institutionen vorausgehen; auch in Maastricht ist diese Reihenfolge vorgesehen.

Dieser Primat einer wirklich gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik würde es auch erleichtern, mit dem Problem fertig zu werden, dass heute immer noch ein Zusammenspiel zwischen nationalen Sicherheitsinteressen und nationalen Militärapparaten und -strategien gegeben ist. Die gegenwärtigen komplizierten organisatorischen, militärtechnischen und -politischen Probleme würden dann leichter gelöst, und auch die heiklen Fragen nach Mitgliedschaft und -status in den Bündnissen, Konkurrenz der Bündnisse, Verfügung über Atomwaffen usw. könnten angegangen und befriedigend beantwortet werden.

Es geht aber nicht nur darum, einer möglichen Militarisierung der gemeinsamen Außenpolitik vorzubeugen und zu verhindern, dass überkommenes Denken wieder zu traditionellen Lösungen tendiert, die den kommenden Sicherheitsrisiken nicht gerecht werden. Die GASP sollte sich auch auf die Stärken europäischer Politik besinnen. Gegenwärtig liegen die westeuropäischen Aktionen und Initiativen (wie unzureichend

auch immer) auf dem Gebiet des politischen und diplomatischen Konfliktmanagements – unter Verwendung ökonomischer Anreize. Diese Möglichkeiten müssen weiter ausgebaut werden. Zur Krisenverhütung und Gewaltvorbeugung müssen die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Instrumente und Strategien weiterentwickelt werden.

Im Rahmen der Konzeption einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist das Aufzeigen und Gewichten von Bedrohungen und Sicherheitsrisiken Aufgabe außenpolitischer, nicht primär militärpolitischer Analyse; Aufgabe militärischer Apparate und Bündnisse ist es, die Zweckrationalität militärischer Antworten zu begründen. Hier liegen vor allem auch in den großen westeuropäischen Ländern z. T. erhebliche Defizite. Gegenwärtig stehen die zahlreichen, offiziellen Beschreibungen und Analysen der vielfältigen Sicherheitsrisiken für Europa und die Bemühung um die Entwicklung eines dafür angemessenen Instrumentariums in eklatantem und überraschendem Widerspruch zueinander. Der Hinweis auf drohende Armutskatastrophen in weiten Teilen der Welt mit weltweiten Auswirkungen, Migration, Ökologieprobleme, Drogenhandel ... läuft parallel zur Vernachlässigung der Entwicklungszusammenarbeit.

Ein sicherheitspolitisches Umdenken ist notwendig. Tatsächlich geht es vor allem darum, die bekannten Mittel zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zu stärken und darüber hinaus nach neuen Mitteln und Wegen zur Konfliktlösung zu suchen, die ein Zurückgreifen auf militärische Maßnahmen weitestmöglich erübrigen. Der Beitritt Österreichs, Schwedens und Finnlands zur EU hat eine institutionelle Reorganisation, Straffung und Effektivierung der militärischen Fähigkeiten der Union nur unwesentlich erschwert (– die derzeitigen Statusunterschiede in der WEU sind ohnehin problematisch genug). Statt dessen muss Österreich – gemeinsam mit den anderen neutralen Staaten – in die GASP eine besondere, in den langen Jahren der Neutralität erlernte Gesinnung besonderer Friedfertigkeit einbringen, die geeignet wäre, der europäischen Politik eine neue Qualität zu verleihen. Die Betonung dieser Komponente darf kein rhetorisches Feigenblatt zur Bemäntelung (kostengünstiger) politischer Abstinenz sein, sondern sie verlangt verstärktes materielles und immaterielles Engagement bei der Gestaltung einer solchen gemeinsamen Politik.

Die internationale Bedeutung einer Staatengemeinschaft, und damit auch der EU, liegt nicht in ihrer militärischen Schlagkraft. Eine Aufgabe Österreichs, bzw. aller bisher (dauernd oder faktisch) neutralen Staaten in der EU müsste aus ihrer Tradition heraus darin bestehen, in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik die politische Handlungsfähigkeit zu stärken und Vorstellungen von einer in Verfolgung einer verfehlten Machtpolitik militärisch agierenden neuen Weltmacht Europa ebenso wie einer „Festung Europa“ eine Absage zu erteilen. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik dieser Staatengruppe sollte sowohl gegenüber der UNO und deren Unterorganisationen als auch innerhalb der EU die Konzepte unterstützen und weiterentwickeln, die vorrangig der Gewaltfreiheit, Konfliktprävention und ziviler Konfliktbewältigung, sowie dem internationalen Interessenausgleich verpflichtet sind.

„Small Arms“: 500.000 Tote jährlich weltweit durch kleine und leichte Waffen – Österreichs Anteil?

Klaus Renoldner

Zu Beginn vielleicht eine Definition von Kleinen Waffen: man versteht darunter Waffen zum „persönlichen Gebrauch“, d. h. Revolver, Pistolen, Gewehre, Sub-Maschinengewehre, Sturmgewehre und leichte Maschinengewehre. Leichte Waffen sind Waffen, die von einigen wenigen bedient werden können: wie Schwere MGs, Mörser, Granatwerfer, Handgranaten, u. a. m. Laut UNO-Schätzung gibt es jährlich etwa 500.000 Todesopfer durch kleine und leichte Waffen, davon 300.000 in bewaffneten Konflikten (in diesen sind je nach Fall 35 – 80 % Zivilpersonen!) und 200.000 durch Mord, Selbstmord, Unfälle. Kleine und leichte Waffen in Österreich: 18 – 20 % aller Haushalte besitzen eine Waffe; davon 21 % in ländlichen Gegenden, 7 % in Städten über 10.000 Einwohner (EW).

Die Zahl der jährlichen Todesopfer durch Schusswaffen beträgt in Österreich 4,48 /100.000 EW. Das sind ca. 360 Tote jährlich. Österreich liegt damit international im statistischen Mittelfeld.

Zum Vergleich:

USA:	11,96/ 100.000 EW
Kanada:	4,48 (wie Österreich)
Kolumbien:	55,85
Brasilien:	26,22
Mexiko:	10,79
Deutschland:	1,39
Singapur:	0,24

Während in Österreich, Deutschland, Kanada und Singapur 80 bis 90 % der Opfer Selbstmörder sind, sind in den USA 38 % Mordfälle, in den Lateinamerikanischen Staaten 91 bis 98 % Morde und nur 2 bis 9 % Selbstmorde. Wichtige Daten zum Waffenbesitz in Österreich und zu Risiken und Schutz durch Waffen finden Sie auch auf der Homepage <http://www.waffenweg.at>

Illegaler Waffenbesitz in Österreich und Transport durch Österreich:

Es ist naturgemäß sehr schwer, exakte Zahlen zu nennen, aber es dürfte hohe Dunkelziffern geben. Auch von den seit 1995 verbotenen Pumpguns dürften noch ca. 30.000 vorhanden sein. Es ist anzunehmen, dass besonders im Rahmen der Balkankriege Waffen illegal durch Österreich transportiert wurden.

Wichtige Österreichische Produzenten

Laut Small Arms Survey 2002 (Oxford University Press, 2002) sind die Firmen Glock, mit einem Verkaufsvolumen von 14 Millionen Dollar, Steyr Mannlicher, mit 15 Mio. und der Munitionserzeuger Hinterberger mit 57 Mio. die wichtigsten Produzenten und Exporteure. Die drei Betriebe beschäftigen zusammen 775 Personen. Der Export österreichischer kleiner Waffen in die USA ist zwischen 1991 und 1996 enorm angestiegen. (115.430 Waffen oder 18 % des US-Imports 1991, 213.387 Waffen oder 30 % des US-Imports 1996). Glock hat seit 1981 2,5 Millionen Pistolen exportiert und verfügt zudem über Lizenzbetriebe in mehreren Staaten. 65 % aller US-Polizisten haben angeblich Glock-Pistolen (nach Firmenangabe).

Weltweiter jährlicher Produktionsumfang

Er wird inklusive Munition auf mehrere Milliarden Dollar geschätzt. 70 % der Waffen werden in den USA und in Europa produziert. Weitere große Produzenten sind China und Brasilien. Nach großen internationalen Untersuchungen werden viele Waffen zunächst legal verkauft und landen erst sekundär in der Illegalität. Daher ist eine strenge internationale Kontrolle und Offenlegung über alle Waffengeschäfte dringend notwendig.

Österreichs führende Rolle

Laut Small Arms Survey 2001 führt Österreich mit einem Export von Pistolen und Revolvern, die nicht für Militär-Verwendung vorgesehen sind, im Wert von 57 Millionen Dollar (s.u.) eine lange Liste von Staaten an.

Ein Auszug:

Österreich	57 Mio.
Deutschland	48 Mio.
USA	42 Mio.
Italien	34 Mio.
Tschechische Republik	15 Mio.
Spanien	13 Mio.
Kanada	8 Mio.
Schweiz	4 Mio.
UK	5 Mio.

Beim Export der Militärischen Handfeuerwaffen führen die USA:

USA	376 Mio.
Niederlande	140 Mio.
UK	57 Mio.
China	23 Mio.
Schweiz	16 Mio.
Rumänien	10 Mio.
Kanada	6 Mio.
Polen	5 Mio.
Österreich	3 Mio.

Österreich exportiert in fast 100 Staaten kleine und leichte Waffen. Wir wissen nicht, in welchen Händen diese Waffen letztlich landen. Die Gesetze über Waffenhandel variieren stark. Nachweislich stammen ein Großteil der in Kanada und Mexiko aufgefundenen Mordwaffen aus den USA.

Perspektiven

Neben den laufenden Bemühungen von OSZE, EU und der großen UN-Konferenz vom Juli 2002 sind weitere Kampagnen von Seiten der Zivilgesellschaft unbedingt erforderlich, um die nicht gewährleistete Transparenz und Offenlegung einzufordern. Dies ist Voraussetzung für strengere internationale Kontrollen. Da die Waffenerzeuger zunehmend die Produktionsstandorte wechseln und auch die Broker nicht an einem fixen Ort ansässig und haftbar sind, kann das Problem nur durch international koordinierte Maßnahmen verbessert werden.

Zur Information veröffentlichen wir das 14-Punkte-Programm der im Aufbau befindlichen österreichischen Kampagne gegen Klein- und Leichtwaffen:

14-Punkte-Programm: Waffenhandelskontrolle heißt Leben retten!

Im Gefolge von schrecklichen Amokläufen in Schulen, Familientragödien mit herumliegenden Revolvern oder den weltweit Aufsehen erregenden Scharfschützen in Washington scheint die Öffentlichkeit immer wieder kurzfristig von der Gefahr der Bewaffnung von Privatpersonen überzeugt. Waffenlobbies und ihre Parteien haben es jedoch wiederholt geschafft, diese Stimmungen zu unterdrücken. Der Film „Bowling for Columbine“ macht klar: In den USA gibt es unendlich viele Waffen in Privathänden. Das Gewaltpotenzial entlädt sich zerstörerisch.

Aber auch in Österreich gibt es ein äußerst liberales Waffengesetz und eine starke Bewaffnung Privater. Zudem wird die österreichische Beteiligung am internationalen Waffenhandel immer mangelhafter kontrolliert. Österreich ist der wichtigste Lieferant für den US-amerikanischen Kleinwaffenmarkt. Unter Lizenz österreichischer Unternehmen hergestellte Granaten wurden bei einem Terroranschlag auf das indische Parlament verwendet. Durch diesen Angriff drohten die Spannungen zwischen den Atommächten Pakistan und Indien zu eskalieren. Rechtslücken, Definitionsschwächen, unübersichtliche Kompetenzen und die Folgen schleichender Globalisierung auch in diesem Bereich verlangen nach einer grundlegenden Verbesserung der bestehenden rechtlichen Regelungen.

Wir legen daher folgendes 14-Punkte-Programm als Forderung an die künftige österreichische Regierung vor.

I. Umfassendes Waffenverbot für Private:

- * Generelles Verbot von Faustfeuerwaffen für Private (Ausnahmen: Personal konzessionierter Wach- und Schießgesellschaften, JägerInnen, SportschützInnen)
- * Sichere Verwahrung der Schusswaffe(n) getrennt von Munition und jederzeitige Kontrollmöglichkeit für die Behörde
- * Beschränkung der Möglichkeit zum psychologischen Test auf zwei Versuche

II. Umfassende Waffenhandelskontrolle in Österreich:

- * Lückenlose Erfassung aller Waffen
(Dies muss einschließen: sämtliche Bestandteile für zivile und militärische Waffen, Anlagen und Technologie zur Herstellung von Waffen, Dual-Use-Güter sowie Munition.)
- * Sicherstellung der verpflichtenden Vernichtung statt Veräußerung von Altwaffen der öffentlichen Hand (insbesondere des Bundesheeres)
- * Lückenlose Registrierungspflicht für Waffenhändler und –makler
- * Bewilligungspflicht für sämtliche Waffengeschäfte mit österreichischer Beteiligung (Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr durch österreichisches Staatsgebiet; Vermittlungsgeschäfte durch Personen bzw. Unternehmen mit Sitz in Österreich oder durch Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft; Verkäufe durch ausländische Tochterunternehmen oder Lizenznehmer)
- * Einheitliche verbindliche Bewilligungskriterien entsprechend dem europäischen Verhaltenskodex für Waffenausfuhren
- * Einführung einer verpflichtenden umfassenden Endverbrauchskontrolle

* Schaffung öffentlich zugänglicher Informationen durch eine umfassende Berichtspflicht der zuständigen Behörde, über sämtliche Waffengeschäfte mit österreichischer Beteiligung

* Kompetenzvereinfachung durch Schaffung einer einheitlichen Behörde beim Außenministerium für sämtliche Waffengeschäfte mit österreichischer Beteiligung

III. Umfassende Waffenhandelskontrolle auf EU-Ebene:

* Rechtsverbindlichkeit des „Europäischen Verhaltenskodex für Waffenausfuhren“, der einen Maßstab zur Kontrolle der Waffenexporte der EU-Mitgliedsländer darstellt

* Rechtsverbindliche EU-weite Regelung zur Kontrolle von Waffenvermittlungsgeschäften

* Einsatz der österreichischen Regierung für diese Ziele im EU-Ministerrat

(weitere Informationen im Internationalen Versöhnungsbund – Österreichischer Zweig, Tel/Fax (01) 408 53 32, ivb@vip.at)

5. Anhang

Memorandum „Widerstand dem globalen Krieg – Allianzen für den Frieden bilden“

Memorandum des „Österreich_Forum.Frieden&Gewaltfreiheit #1“

Verabschiedet am 26. und 27. Oktober 2002 in Graz

„Wir sind nur am Anfang eines längeren Feldzuges“, so US-Vizepräsident Dick Cheney in Bezug auf den „Krieg gegen den Terror“ seit dem 11. September 2001. Tatsächlich ist die Welt seit diesem Tag eine andere geworden. Die seit 1989 v. a. von den US-Regierungen betriebene „Neue Weltordnung“ manifestiert sich deutlicher als je zuvor. Die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon haben der Regierung Bush den Vorwand für weitere Aufrüstung geliefert und sie zur Erarbeitung neuer Richtlinien zur Verteidigungsplanung veranlasst, in denen erstmals betont wird, zukünftig Gegner mit „nicht erwarteten Angriffen“ zu überraschen. Der Krieg in Afghanistan ist ein Beispiel für die zunehmend unilateral agierenden Vereinigten Staaten. Der Bevölkerung der USA und anderer Staaten soll damit glaubhaft gemacht werden, dass Sicherheit durch militärische und zivile Überwachung sowie durch soziale und ökonomische Marginalisierung der KritikerInnen und generell durch die Einschränkung demokratischer Freiheiten erzwungen werden kann.

Unter dem Deckmantel der „Terrorbekämpfung“ soll alles erlaubt sein

Die Administration George W. Bush und der britische Premier Tony Blair verfügen entgegen aller verbalen Ankündigungen über keine Beweise, dass das Regime Saddam Husseins tatsächlich über nennenswerte Potenziale von Massenvernichtungswaffen oder über Verbindungen zu internationalen Terrornetzwerken verfügt. Tatsächlich geht es um die Beseitigung eines unliebsamen Despoten, um den Zugriff auf irakische Ölreserven, von denen die Eliten der USA und Großbritanniens um jeden Preis profitieren, weshalb sie ihre militärischen Stützpunkte dort auch ausbauen und dauerhaft einrichten wollen.

Wir sprechen uns daher für eine politische Lösung und die Rückkehr von neutralen und machtpolitisch unambitionierten WaffeninspektorInnen in den Irak aus. Dabei müssen die Forderungen in einer Art formuliert sein, die es dem Irak möglich macht, sie ohne Gesichts- und Souveränitätsverlust anzunehmen. Wir fordern das nicht, weil wir die Methoden des Regimes von Saddam Hussein zur Erhaltung seiner Machtposition im Irak gutheißen oder unterstützen, sondern deshalb, weil es der einzig konstruktive Weg ist, einen neuerlichen Krieg mit weiteren unschuldigen Opfern, mit neuem Leid und der Schaffung neuen Unrechts zu vermeiden.

Wir fordern auch die Aufhebung der Sanktionen, die bereits über einer Million Menschen das Leben gekostet haben. Wir erachten einen Krieg der USA und ihrer möglichen Verbündeten gegen den Irak als weiteren Bruch des internationalen Rechts durch die Macht des Stärkeren, selbst wenn er durch ein erzwungenes UNO-Mandat legitimiert würde.

Wir sind uns dessen bewusst, dass auch andere Regierungen wie z. B. Russlands, Kolumbiens oder Israels den so genannten „Kampf gegen Terrorismus“ instrumentalisieren. Es ist auch dieser Hintergrund, auf dem die Regierung Israels entschieden hat, die Probleme, die sie selbst – durch die widerrechtliche Annexion und Besiedelung von palästinensischen Gebieten – geschaffen hat, durch Staatsterror und

Krieg zu lösen. Der Terror im eigenen Land – die Selbstmordattentate von PalästinenserInnen, denen unschuldige Menschen zum Opfer fallen – wird dadurch nicht verhindert. Der Beitrag der Friedensbewegung kann sich in diesen Tagen nicht auf die Solidarität mit den Opfern beider Seiten und den Friedenskräften beschränken. Gerade in einem Land wie Österreich, in dem der Judenhass zu den fürchterlichsten Verbrechen des 20. Jahrhunderts führte, müssen wir gegen Rassismus im Alltag und im Staat, gegen Antisemitismus und Antiislamismus aufstehen, müssen wir gegen das patriarchale Denken in Ausschlüssen und Diskriminierungen angehen. Wir sind betroffen über die Meldungen von Übergriffen und Gewalttaten gegen JüdInnen und ihre Einrichtungen in den Ländern Europas und verurteilen sie auf das Schärfste.

Militärischer Interventionismus

Bei der Analyse neuer Kriege erkennt man, dass viele Anzeichen dafür sprechen: auch in Zukunft werden Kriege in Afrika, Asien und Lateinamerika um geopolitische Interessen und um Ressourcen (bzw. die Kontrolle darüber) geführt werden. Da geht es vor allem um Öl und Wasser, in zunehmenden Ausmaß aber auch um andere, neue strategische Rohstoffe. Wir fordern und fördern den massiven Ausbau der Alternativenenergien und das Einsparen von fossilen Brennstoffen. Wir fordern statt der Ausplünderung der globalen Ressourcen den europaweiten Ausstieg aus der Produktion von Atomstrom, wie es aktuell in einem Volksbegehren von Greenpeace verlangt wird. Zur Legitimation neuer Kriege werden die Begriffe Friede und Menschenrechte missbraucht. Globaler militärischer Interventionismus ist in den internationalen Beziehungen zum „Normalfall“ geworden. Kriege werden nunmehr „humanitäre Intervention“ genannt. Die Vereinten Nationen werden in den entscheidenden Fragen von Krieg und Frieden immer öfter an den Rand gedrängt, die UN-Charta, die den unbedingten Verzicht auf Gewalt in den internationalen Beziehungen vorschreibt, wird immer öfter ignoriert. Der Friedensforscher Johan Galtung zeigt, dass allein die US-Administrationen seit 1945 nicht weniger als 56 Militärinterventionen zu verantworten haben.

Entgegen diesem Trend werden von Friedensforschung und Friedensbewegung Konzepte der gewaltfreien nichtmilitärischen Krisenintervention weiterentwickelt und erprobt. Der Friedensbewegung kommt hier als mahnender und v. a. sich zur Wehr setzenden Kraft gegen einen militarisierten Zeitgeist eine enorme Bedeutung zu.

Allianzen für den Frieden bilden

In der Zukunft wird die europäische bzw. weltweite Zusammenarbeit von friedenspolitisch engagierten und globalisierungskritischen Menschen verstärkt werden. Mit der Gründung des Europäischen Sozialforums in Florenz im November 2002 – hervorgehend aus dem Prozess von Porto Alegre – werden sich für Friedensbewegte vielfältige inhaltliche und aktionsorientierte Anknüpfungsmöglichkeiten bieten. Denn der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit und Frieden ist evident – innerhalb einer Gesellschaft und weltweit. Bis März 2003 sollen im Rahmen der WTO (Welthandelsorganisation) Verhandlungen über ein Abkommen zur vollständigen Liberalisierung und Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen (GATS) abgeschlossen werden. Diese Orientierung würde zu globalen sozialen und gesellschaftlichen Verwerfungen von neuer Qualität führen. Wir verlangen die sofortige und gänzliche Absage an die Kriegserklärung des GATS gegen Sozialstaat und Demokratie und den Ausstieg Österreichs aus den Verhandlungen. Dem gegenwärtigen neoliberalen Wirtschaftsmodell des Kapitalismus muss als einer zentralen Ursache von Kriegen entgegengetreten werden.

Gegen die Kriegshetze (zur Zeit gegen Irak), gegen die Einschränkungen der BürgerInnenrechte durch Gesetze im Gefolge des 11. September, gegen den grassierenden Rassismus müssen starke Zeichen des Widerstands gesetzt werden. Gerade im Fall einer neuen Eskalation des Irakkrieges wird für das neutrale Österreich die Frage der Unterstützung anstehen – Überflugsgenehmigungen, Durchfuhr von Truppen und Kriegsmaterial, etc. Die Friedensbewegung trägt ihre Forderung nach Einhaltung der Neutralitätsbestimmungen, also nach dem Verzicht auf jegliche Unterstützung der kriegführenden Parteien unmissverständlich an jede Regierung heran. Denn nur auf der Basis einer aktiven Neutralitätspolitik kann Österreich eine erfolgreiche Vermittlungstätigkeit einbringen und damit einen Beitrag zur Vermeidung bzw. Beendigung von kriegerischen Auseinandersetzungen leisten. Und solche Beiträge sind notwendig, wenn eine grundlegende Veränderung im Umgang mit Konflikten stattfinden soll.

Die Rolle Österreichs in einer militarisierten EU

Österreich ist seit dem 1. Jänner 1995 Mitglied der Europäischen Union. Von den führenden PolitikerInnen wurde vor dem Beitritt versprochen, dass Österreich seinen Status der immerwährenden Neutralität auch in der Gemeinschaft werde beibehalten können. Wir haben es seinerzeit befürchtet und heute wissen wir es: das hat sich als Betrug an der Bevölkerung herausgestellt. Durch viele Schritte wurde die Neutralität Österreichs bis zur Unkenntlichkeit aufgeweicht und demontiert – so dass manche Regierungsmitglieder des öfteren nur mehr von Bündnisfreiheit anstatt von Neutralität sprechen. Im Zuge der Entwicklung der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union ist von österreichischer Seite auch alles mitgetragen worden, was dem Gebot der Neutralität zuwiderläuft. Zur Sicherung der Schengen-Grenzen wird das Bundesheer zu menschenrechtswidrigen Grenzeinsätzen herangezogen. Der Beitritt zur NATO-Partnerschaft für den Frieden, das Truppenstatut, die Verankerung der Petersberg-Aufgaben des Amsterdamer EU-Vertrags (die auch Kampfeinsätze umfassen) sind in das österreichische Recht aufgenommen. Der Artikel 23 f Bundesverfassung, die neue Sicherheitsdoktrin, die Novellen des Kriegsmaterial- und Truppenaufenthaltsgesetzes und zuletzt des Strafgesetzes über die Neutralitätsgefährdung sind bereits beschlossen. Eine aktive neutralitäts- und friedenspolitische Komponente der Außenpolitik Österreichs wurde von den Regierungen zugunsten einer sich hinter vermeintlichen EU-Sachzwängen verschanzenden Gehorsamspolitik aufgegeben.

Die sich abzeichnende weitere Militarisierung der EU, die Einrichtung einer EU-Armee als schnelle Eingreif- und Interventionstruppe (es sollen 60.000 Mann/Frau, die weltweit einsetzbar sind, aufgestellt werden) hat keine Gegenstimme der offiziellen österreichischen Politik auf den Plan gerufen, sondern hat im Gegenteil zur Zusage geführt, der EU-Truppe etwa 3.000 Mann/Frau Militärpersonal zur Verfügung zu stellen. Dazu wurde anlässlich des (zur Zeit nur im Ministerrat beschlossenen) Ankaufs von Eurofighter-Kampfflugzeugen gleich betont, dass etwa 6 Maschinen der EU-Armee zur Verfügung stehen werden – auch für völkerrechtlich nicht legitimierte Kampfeinsätze. Das Engagement der blau-schwarzen Bundesregierung ging in Bezug auf die EU-Militärpolitik bis zum Vorschlag, eine gegenseitige Beistandsverpflichtung – ein klassisches Element eines Militärbündnisses – in den EU-Vertrag aufzunehmen.

Wir fordern eine aktive, gewaltfreie Friedenspolitik

Aktive Friedenspolitik setzt auf zivile statt militärische Handlungs- und Denkmuster und wendet so ihre Aufmerksamkeit und ihre Ressourcen gewaltfreien Möglichkeiten der Konfliktvermeidung und Konfliktbearbeitung zu.

Friedenspolitik umfasst sowohl außen- und sicherheitspolitische Maßnahmen als auch Maßnahmen zum Abbau struktureller, kultureller und direkter Gewalt nach innen und außen. In diesem Verständnis schließt Friedenspolitik eine Vielzahl von staatlichen und zivilgesellschaftlichen AkteurlInnen ein und setzt auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen an.

Die zentrale Forderung der Friedensbewegung ist eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik als Alternative zur Militarisierung der internationalen Beziehungen. Sie richtet sich gegen den Militärinterventionismus zur globalen Ressourcensicherung der reichen Staaten der Erde und gegen den uneingeschränkten Krieg gegen den „Terrorismus“.

Die Neutralität Österreichs ist bei entsprechendem politischen Willen eine Möglichkeit, dem Rad der Militarisierung der EU in die Speichen zu greifen. Aktive Friedens- und Neutralitätspolitik v. a. in Verbindung mit anderen neutralen und blockfreien Ländern – inner- und außerhalb der EU – bedeutet, Initiativen und Maßnahmen zur allgemeinen Abrüstung zu entwickeln – im konventionellen und besonders im nuklearen Bereich. Gerade im nuklearen Bereich ist der Stillstand derzeit bedrohlich, angesichts der Szenarien, die die Administration Bush mit ihren Ankündigungen des denkbaren Einsatzes bzw. der Neuentwicklung von atomaren Waffen in den Raum stellt.

Aktive Friedens- und Neutralitätspolitik beinhaltet auch den Einsatz in internationalen Organisationen, vor allem den Vereinten Nationen und der OSZE. Denn nur so können zu zunehmender Aufrüstung und Militarisierung Gegengewichte und Alternativen im Sinne von Friedenspolitik und friedlicher Konfliktlösung entstehen. Allerdings müssen diese Institutionen – insbesondere der UN-Sicherheitsrat – grundlegend reformiert werden. Sie müssen sich aus der Dominanz durch PolitikerInnen und DiplomatenInnen sowie auch der Abhängigkeit von Großspendern befreien. Ihre Tätigkeit muss verstärkt durch unabhängige NGOs und andere Basisorganisationen mitbestimmt werden. Es darf keine Denk- und Diskussionsverbote über Österreichs Möglichkeiten einer aktiven Friedenspolitik in allen Konstellationen – innerhalb und außerhalb der EU – geben.

In allen Phasen von Konflikten steht eine große Zahl von Instrumenten ziviler Konfliktbearbeitung zur Verfügung. Diese können sowohl bei der Vermeidung gewaltsamer Auseinandersetzungen (präventiv) wie auch beim Aufbau eines nachhaltigen Friedens nach einem Waffenstillstand eine wichtige Rolle spielen. Erfahrungen und Beispiele gewaltfreier Initiativen wie Friedensteams und Friedensdienste oder das im Aufbau befindliche internationale Projekt „Nonviolent Peaceforce“ zum direkten Eingreifen in bewaffnete Auseinandersetzungen zeugen davon. Deshalb treten wir für die Option ziviler statt militärischer Konfliktbearbeitung ein, die die gesellschaftliche Etablierung und Anerkennung sowie finanzielle Förderung gewaltfreier Ansätze einschließt. Durch eine neue Prioritätensetzung kann eine gewaltfreie Alternative zum Militär als friedensschaffende Kraft schrittweise Realität werden. Durch Abrüstung freiwerdende finanzielle Mittel sollen in Friedensforschung und die Weiterentwicklung ziviler Konfliktbearbeitung investiert werden. Der Schuldenverzicht ist ein wesentlicher Schritt für eine „gerechtere Weltwirtschaft“.

Konfliktlösung ohne Gewalt ist keine Selbstverständlichkeit. Zu sehr ist unsere Gesellschaft durch „das Recht des Stärkeren“ geprägt. Doch die Fähigkeit zum konstruktiven Umgang mit Konflikten kann und soll bereits im Elternhaus und in der Schule vermittelt werden. Eine verstärkte Förderung der Erziehung zum Frieden ist daher unerlässlich. Zivilcourage, Formen des gewaltfreien Widerstands und des zivilen Ungehorsams können erlernt und geübt werden. Möglichkeiten und Raum, dies zu tun, müssen in allen Bildungs- und anderen gesellschaftlichen Bereichen integriert werden.

Die Jahre 2001 – 2010 wurden von der Vollversammlung der Vereinten Nationen einstimmig zur „Internationalen Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit für die Kinder der Welt“ erklärt. Die Resolution der UNO bietet eine solide Basis im Kampf für eine friedlichere und gerechtere Welt. Insbesondere sehen wir es auch als unsere Aufgabe, die österreichische Politik zur Umsetzung ihrer durch die Resolution übernommenen Verpflichtung zum „Aufbau einer Kultur der Gewaltfreiheit“ zu bewegen sowie ihren Beitrag zur „Befreiung zukünftiger Generationen von der Geißel des Krieges“ (UNO-Charta) zu leisten.

Appelle an die politisch Verantwortlichen

- Rücknahme der Zusage über die österreichische Beteiligung an der EU-Armee. Keine Soldaten, keine Waffen und keinen Euro für die EU-Armee. Auflösung dieser entsprechenden Offensiveinheit des österreichischen Bundesheers.
- Austritt aus der NATO-„Partnerschaft für den Frieden“ (PfP).
- Rücknahme des neutralitätswidrigen „Kriegsermächtigungsartikels 23 f“ aus der österreichischen Verfassung.
- Die Berichtspflicht, wie sie im Kriegsmaterialgesetz festgelegt wird, muss verstärkt eingehalten oder gegebenenfalls ausgeweitet werden. Ferner soll Österreich Initiativen zur Eindämmung von unkontrolliertem Handel mit Kleinwaffen auf nationaler und internationaler Ebene ergreifen bzw. unterstützen.
- Stopp den Aufrüstungsplänen. Mehr Geld für Soziales, Gesundheit und Bildung statt Abfangjäger, Panzer und Raketen. Wir fordern, dass mindestens 5 % der jetzigen Militärausgaben für den Aufbau nicht-militärischer, ziviler Konfliktbearbeitung – z. B. die Friedensdienste – bereitgestellt werden.
- Aktive Neutralitäts- und Friedenspolitik. Außenpolitische Schritte müssen gesetzt werden, um einzugreifen, bevor Eskalation beginnt.

Dieses Memorandum des „Österreich_Forum.Frieden&Gewaltfreiheit#1“ dient zur Selbstverständigung von friedensbewegten Menschen und Initiativen. Wir wollen damit aber auch in den Dialog mit anderen Bewegungen, Gleichgesinnten und möglichst vielen Menschen aus den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen treten. Wir verstehen dieses Papier als Anstoß zu Diskussionen und als Aufforderung zum Handeln: Eine andere Welt ist möglich!

Ökumenisches Friedensgebet: Beten und arbeiten für den Frieden

Alois Reisenbichler

Kampf und Kontemplation, Gebet und politisches Engagement gehören für die Christinnen und Christen in der Friedensbewegung zusammen. Daher haben wir uns am Sonntagmorgen zu einem Friedensgebet in der Kirche nahe der Universität getroffen.

Nach dem ökumenischen Lied „Sonne der Gerechtigkeit“ wurde mit Texten von Dorothee Sölle und Eugen Drewermann sowie aus der Offenbarung des Johannes der wichtigen Fragen von Gerechtigkeit und Frieden sowie jener einer grundsätzlichen Ablehnung jeder Form der Erziehung zum Töten und Militär bedacht. In freien Fürbitten haben die TeilnehmerInnen ihre Anliegen formuliert. Ein Schwerpunkt war die Situation in Lateinamerika, vor allem angesichts der zu diesem Zeitpunkt stattfindenden Wahlen in Brasilien.

Mit dem Glaubensbekenntnis von Dorothee Sölle („Ich glaube an Jesus Christus, der Recht hatte, als er, ein Einzelner, der nichts machen kann, genau wie wir an der Veränderung aller Zustände arbeitete und darüber zu Grunde ging“) und dem motivierenden Mirjam Lied von Claudia Mischa-Eibl wurde der Gottesdienst abgeschlossen: „Die Bande der Knechtschaft, die fallen langsam ab, die Schritte verlernen den Trott, entwachsen den Ketten, entstiegen dem Grab: das Leben besiegte den Tod. Ihr Weg ist noch weit, doch sie haben die Kraft, denn in ihren Herzen ist Gott.“ Das sind nicht zuletzt mutmachende Worte für unsere Friedensarbeit in dieser schwierigen Zeit.

AutorInnenverzeichnis

Amos Gvirtz, Mitglied des Internationalen Versöhnungsbundes, Israel

Karl A. Kumpfmüller, Grazer Büro für Frieden und Entwicklung, Universität Graz

Franz Leidenmühler, Institut für Europarecht und Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen, Johannes Kepler Universität Linz

Klaus Renoldner, Präsident von IPPNW (International Physicans for the Prevention of Nuclear War) Österreich, International Physicans for The Prevention of Nuclear War, Vorsitzender des NGO-Committee on Peace bei der UNO in Wien

Noah Salameh, Mitglied des Internationalen Versöhnungsbundes, Palästina

Peter Strutynski, Politikwissenschaftler und Mitglied der AG Friedensforschung, Universität Kassel; Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag
Homepage: <http://www.friedensratschlag.de>

Horst-Eberhard Richter, IPPWN (International Physicans for the Prevention of Nuclear War) und ATTAC Deutschland

Claudia Werlhof, Institut für Politikwissenschaften der Universität Innsbruck

Rachel Julian, europäische Koordinatorin der Nonviolent Peaceforce

Abkürzungsverzeichnis:

ABM	Anti-Ballistic Missile
ATTAC	Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte, Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens
BSP	Bruttosozialprodukt
BVG	Bundesverfassungsgesetz
CTBT(O)	Comprehensive Test Ban Treaty (Organization)
EG	Europäische Gemeinschaften
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATS	General Agreement on Trade in Services
IPPNW	International Physicans for the Prevention of Nuclear War
IVB	Internationaler Versöhnungsbund
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MAI	Multilateral Agreement on Investments
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NGO	Non Governmental Organisation, Nichtregierungsorganisation
NMD	National Missile Defence (Nationales Raketenabwehrprogramm der USA)
ÖFD	Österreichische Friedensdienste
PfP	Partnerschaft für den Frieden (der NATO)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
UNO	United Nations Organisation
WEF	World Economic Forum
WEU	Western European Union

VeranstalterInnen, UnterstützerInnen und SponsorInnen

VeranstalterInnen:

ARGE Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit
ATTAC Österreich
Friedensbüro Salzburg
Friedensbüro Wien
Friedenswerkstatt Linz
Grazer Büro für Frieden und Entwicklung
Internationaler Versöhnungsbund – Österreichischer Zweig
Iustitia et Pax
IPPWN Österreich
Österreichische Friedensdienste
Österreichische HochschülerInnenschaft der Universität Graz
Pax Christi Österreich

UnterstützerInnen:

Abflug!
ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus
Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit
ChristInnen für die Friedensbewegung
Deserteurs- und Flüchtlingsberatung
Evangelische Akademie Wien
Forum Lebens- und Sozialberatung – Elternwerkstatt
Frauen in Schwarz
Friedensinitiative 14/15
Friedensinitiative 22
Hiroshima Gruppe Wien
Kinderstimme
LeherInnen für den Frieden
Österreichischer Friedensrat
Radio Helsinki
Steirische Friedensplattform

SponsorInnen:

Grüne Akademie Graz
Grüne Bildungswerkstatt
Kommunistische Partei Österreichs
Dr. Karl Renner Institut Graz
Sozialistische Jugend Österreich
Stadt Graz

Literaturtipp:

Andreas Pecha, Thomas Roithner, Thomas Walter (Hrsg.): Friede braucht Bewegung. Analysen und Perspektiven der Friedensbewegung in Österreich, 327 Seiten – ISBN 3-9502098-1-6, 2. Auflage, Preis € 7,-- zuzüglich Porto.
Bestellungen: Thomas Roithner, c/o ÖSFK Wien, Wiedner Gürtel 10, A – 1040 Wien, thomasroithner@yahoo.com

**Vorschau Österreich_Forum.Frieden&Gewaltfreiheit#2
25. und 26. Oktober 2003, Wien**

Programm: www.friedensnetzwerk.at/friedensforum.html

Nähere Infos:

Wiener Friedensbewegung/Friedensbüro Wien

Kölblgasse 18/1

A – 1030 Wien

Tel./Fax 01 – 796 50 21, e-mail: pax.vienna@aon.at

Internationaler Versöhnungsbund – Österreichischer Zweig

Lederergasse 23/3/27

A – 1080 Wien

Tel./Fax 01 – 408 53 32, e-mail: ivb@vip.at

Österreichische Friedensdienste (ÖFD)

Maiffredygasse 11

A – 8010 Graz

Tel. 0316 – 38 22 58, Fax 0316 – 93 17 51

e-mail: oeafd@eunet.at, web: <http://www.oeafd.at>